



VolkshausVerkauf... ...Mit der Säge am eigenen Stuhl

„Gewerkschaftsarbeit braucht keine lokal aktive Basis“, scheint die Erkenntnis des DGB zu sein. Anders ließe es sich nicht erklären, dass 9 Gewerkschaftshäuser, vorwiegend aus dem Osten, im Dezember 2006 vom DGB-Vorstand verkauft wurden. Verkauft an *Cerberus*, einem US-Amerikanischen Finanzfondunternehmen, dem es ausschließlich um

den profitablen Weiterverkauf der Immobilie geht. Verkauft an den kapitalistischen Feind, der dann ein guter Freund ist, wenn nicht gerade Rede schwingend gegen ihn gewettert wird, weil man ja offiziell noch auf der anderen Seite des Interessengegensatzes steht. Dass zumindest einige ArbeitnehmerInnen sich nun von ihrer Spitze ver-

raten und verkauft fühlen und in Leipzig dagegen Sturm liefern, spricht für die AktivistInnen. Dass es nichts verhindert hat, weil es nur wenige Idealisten unter den GewerkschafterInnen gibt, spricht wiederum für eine lange, basistentremdete Tradition im DGB, die mit dem *Volkshausverkauf* diese Tendenz noch verstärkt.

... Fortsetzung auf Seite 4 ...

Und der Goldfisch, der hat Zähne

Von Räumung und Abriss bedroht, denkt im Projekt Gieszer 16 momentan keine/r viel ans Feiern des 9. Jubiläumsfestival Ende April. Die Stadt Leipzig und speziell das Liegenschaftsamt halten ein selbstorganisiert, unkommerziell und ohne Fördermittel auszukommenden gemeinnützigen Verein nicht gerade für unterstützenswert. Denn bereits letztes Jahr wurde der G16 das Vorverkaufsrecht entzogen und in anbetracht zusätzlicher Jahreskosten, der Tendenz des verstärkten Ausverkaufs von Grundstücken und Häusern - nicht nur in Plagwitz - sowie der fehlenden Gesprächsbereitschaft der Behörden wird die Situation bedrohlich. Als beliebter Treffpunkt, Projekt- und Veranstaltungsort ist die G16 überlokal bekannt, zieht jährlich tausende BesucherInnen an und lässt Nazis keinen Raum. Klar, dass nach Investitionen im Vorfeld zur WM, Sicherheit durch Überwachung und Imageprojekt Citytunnel die Kassen leer sind. Die Rechnung ist ohne den Wirt gemacht. Um einen Verkauf auf dem freien Markt zu verhindern, haben sich mehrere Gruppen gebildet, um den Fortbestand der G16 und die damit verbunden alternativen und kreativen Projekte des Vereins zu sichern. Durch Presse- und Öffentlichkeitsarbeit soll eine breite Unterstützung mobilisiert werden, um auch laut genug für städtische Ohren klar zustellen, dass man mit Geld nicht alles kaufen kann.

droff



Der lange Weg in die Autonomie

13 Jahre ist es nun her, dass die zapatistische Bewegung der

des Landes oder Separatismus, sondern die Ausübung des Rechtes, uns selbst zu regieren, wie in Artikel 39 der politischen Verfassung [Mexikos] verankert“ (Sub-

Campesin@s (1) (Kleinbauern/Kleinbäuerinnen) mit ihrem Ruf nach Anerkennung als Teil der mexikanischen Gesellschaft in die Öffentlichkeit trat. Die Forderung nach Autonomie, die alle gesellschaftlich relevanten Bereiche, wie die kulturelle Eigenständigkeit, die Kontrolle über die Ressourcen, politische Selbstverwaltung und ein eigenes Rechtssystem umfasst, existierte dabei eigentlich schon lange bevor die Guerilla der *Zapatistischen Armee der Nationalen Befreiung* (EZLN) erschien und hat sich bis heute kaum verändert. Sichtbar verändert hat sich dagegen, dass seit dem Aufstand der Zapatistas am 01. Januar 1994 die Autonomie in den aufständischen Gebieten nicht mehr nur gefordert, sondern gegen den Willen der Regierung und mit der Unterstützung der EZLN in die Tat umgesetzt wird. Dabei verstehen die Zapatistas unter Autonomie ausdrücklich nicht die „Fragmentierung

Ein kleiner Bissen zapatistischen Politikverständnisses

commandante Marcos). Ihr Politikverständnis und ihre Vorstellungen vom revolutionären Kampf, für eine radikale Basisdemokratie, ihre Selbstbestimmung und für die

Würde stellen dabei nicht nur abstrakte Ziele dar, sondern sind in ihrem Alltag allgegenwärtig.

Durch die großflächige Wiederaneignung und Besetzung von fruchtbarem Land wurden seit 1994 nötige Freiräume geschaffen, in denen autonomes Denken und Handeln überhaupt erst möglich wurde. Bis heute hat sich somit ein alternatives Verwaltungssystem etabliert, in dem die einzelnen *Comunidades* (Gemeinden) die oberste Entscheidungsebene darstellen. Die staatlich festgelegten *Municipios* (Landkreise) wurden nach geographischen und kulturellen Aspekten neu aufgeteilt und sind heute Orte der Planung kollektiver Landwirtschaft und Entwicklung sowie der Streitschlichtung.

... Fortsetzung auf Seite 19 ff ...

Wer macht heutzutage überhaupt noch eine Zeitung? Wo es doch Blogs, Podcast, space nations, skype und irc/icq, thematische Internetportale und -foren und dergleichen mehr gibt. Und wer liest schon so ein Blättchen aus der hintersten Nische wie den *Feierabend!*, der in seiner unregelmäßigen Erscheinung meist nur zufällig in die Hände fällt? - Nun offensichtlich gehörst du zu den Wenigen und hast sogar umgeblättert. Demnach hat dich wahrscheinlich unser rätselhaftes Titelbild neugierig gemacht und du fragst dich jetzt, „_____? Wogegen denn?“.

Na z.B. gegen den G8-Gipfel in Heiligendamm. Kontakte und Möglichkeiten zum andocken gibt es auf Seite 12. Protestvernetzung und vieles mehr wird Anfang April schon auf dem BUKO Thema sein. (Seite 9) Doch Bewegung und Vernetzung ist nicht alles. Das Wofür/Wogegen bleibt die wichtigste Frage. Zentral in der kritischen Auseinandersetzung mit dem herrschenden System bleibt dabei Überwachung (Seite 3), Abschiebep Praxis in Marokko (Seite 20f) oder Militarismus weltweit (Seite 7) sowie direkt vor der Haustür (Seite 8).

Vor unserer Haustür ist auch Horst (dem neuesten rattigen *FA!*-Helfer) unsre treue *FA!*-Begleiterin Resi abhanden gekommen. Man munkelt ja sie sei in Berlin abgetaucht... abgetaucht und aufbewahrt wird der *Feierabend!* übrigens in 3 Archiven. Anstatt einer Verkaufsstelle des Monats wollen wir denen diesmal danken.

Eure *Feierabend!*-Redaktion

09.03. Giesserstr. 16 / Lpz
BUKO-SoliParty
 live: Hardcore+Hip Hop,
 Platten: darkbeat+techstep

termine

02.03. 20.30 Uhr / Kino
 Frauenkultur e.V., Windscheidstr. 51/Lpz
Fabulous! The Story of Queer Cinema
22. - 25. 03. Lpz
 Buchmesse in el-libro, linXXnet, Rotes Antiquariat,
 Libelle (Anzeige Seite 25)
05.05. Ludwigstr. / Halle
 Festival, live: Der Chor

Antifaschistische Notizen

Nazi-Opfer!

Die Opferberatungsvereine in Sachsen (www.RAA-sachsen.de und www.AMAL-sachsen.de) erhielten im letzten Jahr Kenntnis von 208 Übergriffen (2005: 168) – sicher nur ein Bruchteil der gewaltvollen Realität individueller und struktureller Diskriminierungen. RAA/AMAL: „wöchentlich ereigneten sich in Sachsen etwa vier rechtsextrem motivierte Übergriffe. Das ist die höchste Anzahl an rechtsextremen Gewalttaten, von der wir in unserer bisherigen Arbeit je Kenntnis erhielten.“ In Leipzig sind die Hälfte der Opfer MigrantInnen: „Wobei hier auffällig ist, dass die Täter nicht nur dem rechtsextremen Rand, sondern in einer sehr hohen Zahl auch der Mitte der Gesellschaft zuzuordnen sind“, so die Mitarbeiterin Diana Eichhorn (0341/2618647).

Vor sieben Jahren war z.B. ein gebürtiger Iraner vor einer Leipziger Diskothek von der „Black-Rainbow“-Security derart am Zutritt gehindert worden, dass er nach OP und Reha bis heute Schmerzen hat. Die Verantwortlichen wurden kürzlich freigesprochen und die vierstelligen Gerichtskosten muss das Opfer tragen. Sein Konto wurde gepfändet und ein Pflichtlohnanteil seines Arbeitgebers wird nicht ausgezahlt!

Spenden: Sparkasse Leipzig, RAA e.V., Kn.: 11005201994, Blz.: 86055592, Betreff: Opferberatung Leipzig Spende M.T.

Am 05.02.07 wurden im Cineding vom Bürgerverein Plagwitz/Lindenau diverse TV-Reportagen zur rechtsextremen Szene im Leipziger Westen gezeigt. Während

dessen und danach gab es vor dem Programm kino handfeste Auseinandersetzungen, provoziert von einem ca. 20-köpfigem Nazimob, der gekommen war, um zu drohen und zu stören; es gab mehrere Verletzte. Ausser dem bürgerlichen Engagement gibt es daher inzwischen u.a. eine Sammeladresse für Vorfälle ähnlicher Art: zeitzumkennenlernen@web.de.

Übrigens hat sich in Leipzig vor kurzem auch eine Antifa-Jugendgruppe gegründet (ajl-leipzig@gmx.net).

Opfer-Nazis?

Mit einem Flugblatt wurde auf die derzeitige Ausstellung „Flucht, Vertreibung, Integration“ im Zeitgeschichtlichen Forum reagiert: „Sie ist ein Teil der neuen deutschen Erinnerungspolitik, die als zentrales Element die Selbstpräsentation der Deutschen als Opfer der Geschichte enthält... Mit einer ausführlichen Kritik dieser Ausstellung, des geschichtspolitischen Diskurses in der BRD und der Rolle der sog. Vertriebenenverbände“ werden sich von Ende März bis April durch Leipziger AntifaschistInnen (Lea) geladene ReferentInnen beschäftigen (www.left-action.de).

Geschichtsrevisionismus in Reinform konnte am 13. Februar in Potsdam, Borna, Aulendorf, Krefeld, Muenchen und natürlich Dresden von zwischen 50 und 1500 Nazis (Dresden) auf so genannten Gedenk-Aufmärschen wegen der Bombardierung Dresdens zum Ende des NS vertreten werden – mit tatkräftigen antifaschistischen „Behinderungen“. Mobilisiert wird nun zu einer „von NPD und parteifreien Kräften gemeinsam geplanten mitteldeutschen 1.-Mai-Demonstration“ (C. Worch) in Erfurt. „Globalismus“-feindliche, antisemitische und rassistische Positionen sind dort erwartbar, ist doch am Samstag vorm G8-Gipfel ein weiterer Nazi-Auflauf in Schwerin angemeldet. ... am Ball bleiben!

RABE

Feierabend! ist ein unkommerzielles Zeitungsprojekt mit dem Ziel der Verbreitung libertärer, antiautoritärer & emanzipatorischer Ideen, der Darstellung von Sachverhalten, die in der kommerziellen Presse oft unzureichend, verzerrt oder gar nicht erwähnt werden, sowie der Beleuchtung von Themen, die uns interessant und wichtig erscheinen. Der Verkaufspreis von derzeit einem Euro dient einzig dem Begleichen der Kosten zur Erstellung des Heftes. Alle inhaltlich an der Erstellung des Heftes Beteiligten arbeiten als ÜberzeugungstäterInnen ohne Bezahlung.

MAKING TROUBLE IN LEIPZIG



In Sachen Videoüberwachung hat Leipzig eine Vorreiterrolle. Im April 1996 wurde hier die erste Polizeikamera zur dauerhaften Überwachung öffentlicher Plätze in Betrieb genommen. Dass sich dieses Datum im letzten Jahr zum zehnten Mal jährte, hat sich die 2003 gegründete Gruppe *Leipziger Kamera - Initiative gegen Überwachung und Kontrolle* zum Anlass für ihre Kampagne „10 Jahre sind genug!“ genommen. Eine gut besuchte dreitägige Film- und Vortragsreihe unter dem Titel „[Del]+[Ctrl]“ Ende März letzten Jahres bildete den Auftakt der Kampagne. Seitdem hat die *Leipziger Kamera* mit Theaterperformances im städtischen Raum nach dem Vorbild der New Yorker *Surveillance Camera Players* auf sich aufmerksam gemacht (siehe dazu *FA!* #24). Anfang Dezember letzten Jahres fand ein weiterer Aktionstag statt.

Zur Unterstützung und als Ideengeber hatte die *Leipziger Kamera* sich die *Space Hijackers* aus London eingeladen. Das Anliegen dieser 1999 gegründeten Gruppe von „Anarchitekten“, AktionskünstlerInnen und PolitaktivistInnen ist nach eigener Aussage, „die Hierarchie zwischen Besitzern und Nutzern des öffentlichen Raumes in Frage zu stellen“. Diesem folgen sie mit Aktionen wie dem sog. „guerilla benching“. Auf einen Beschluss der Londoner Stadtverwaltung, Sitzbänke zu demontieren, da sonst damit nur Obdachlose und andere Randgruppen zum „Herumlungern“ ermutigt würden, reagierten die *Space Hijackers* indem sie selbst Bänke in der Londoner Innenstadt aufstellten.

Die Auftaktveranstaltung zu den Aktions-

tagen fand am 1. Dezember in der Galerie für Zeitgenössische Kunst (GfZK) statt. Es standen zwei Vorträge der beiden *Space Hijackers* Sam und Robin auf dem Programm, wovon einer sich mit Protest und Überwachung im öffentlichen Raum befasste, während der andere speziell auf die Aktivitäten der *Space Hijackers* einging. Mit etwa 60 Leuten war die Veranstaltung gut besucht, insofern schien dem Gelingen des folgenden Aktionstages nichts im Weg zu stehen.

Am darauffolgenden Tag versammelten sich ca. 50 Leute vor der GfZK. Nachdem alle die mitgebrachten Papier-Mülltüten mit Hilfe von Schere und Filzstiften zu praktischen „Überwachungskamera-Schutzhelmen“ umfunktioniert und sich über den Kopf gestülpt hatten, ging es im Pulk in Richtung Innenstadt und Hauptbahnhof. Auf dem Weg dahin wurden überwachte und nicht überwachte Bereiche mit kleinen Pappkärtchen markiert, um den BürgerInnen anzuzeigen, wo sie sich - dank Videoüberwachung - sicher bewegen könnten und wo nicht. Viele Orte, an denen man sich unsicher fühlen müsste, gab es in der flächendeckend überwachten Leipziger Innenstadt freilich nicht. Die Reaktionen der PassantInnenen auf das Schauspiel reichten von verständnislosem Kopfschütteln und offener Ablehnung bis hin zu Erheiterung, Sympathie und glatter Begeisterung.

Vor dem Hauptbahnhof sollte dann eine, von den *Space Hijackers* kryptisch „Love vs. Hate - Let the eye in the sky decide this age old battle“ betitelte Aktion stattfinden (zu deutsch: „Liebe gegen Hass - Lasst das Auge im Himmel diese jahrtausendealte Schlacht entscheiden“). Dafür teilten sich die Anwesenden in zwei Gruppen, von denen eine den „Hass“, die andere die „Liebe“ repräsentierte. Durch entsprechendes Verhalten - Pöbeln, Schubsen und simulierte Prügeleien auf der einen, Umarmen und sonstige liebevolle Gesten auf der anderen Seite - wurde nun versucht, die Aufmerksamkeit der über dem

Eingang zur Westhalle des Bahnhofs hängenden Polizeikamera auf sich zu ziehen. Trotz des großen Einsatzes aller Beteiligten scheiterte dies jedoch, da die Kamera gerade im Automatikbetrieb lief und es wohl kein Polizeibeamter für nötig hielt, das teilweise tumultartige Geschehen auf dem Bahnhofsvorplatz näher ins Auge zu fassen. Immerhin, auch das ist ein Ergebnis: Falls man tatsächlich einmal im Blickfeld einer Polizeikamera zusammengeschlagen würde, könnte man vermutlich nicht mit schneller Hilfe der Polizei rechnen. So wurde die Aktion nach zehn Minuten abgebrochen, die restlichen „Überwachungskamera-Schutzhelme“ und Flugblätter an die Passanten verteilt und anschließend noch das Innere des Hauptbahnhofs besichtigt.

Abends fand man sich wieder in der GfZK zusammen. Diesmal war neben einem weiteren Vortrag von *Space Hijacker* Carl noch eine Performance der *New York Surveillance Camera Players* angekündigt, die diese zur Unterstützung der Kampagne vor einer Webcam am New Yorker Times Square aufführen wollten. Diese begann auch pünktlich, innerhalb von zwanzig Minuten führten die New Yorker einige ihrer *camera plays* auf - kleine Theaterstücke mit Hilfe großer beschrifteter Papptafeln. Das alles konnte in der GfZK via Internet live verfolgt werden. Mit dem Vortrag von Carl, der sich dem Thema Videoüberwachung und Privatsphäre u.a. von dessen Auswirkungen auf die moderne Kunst her annäherte, endete der Abend.

<http://leipzigerkamera.twoday.net>
www.spacehijackers.co.uk

Justus

Nicht nur in Leipzig gibt es Probleme mit Überwachung. Auch in der Dresdner Neustadt sollen jetzt aufgrund der öfters dort stattfindenden „Riots“ Überwachungskameras der Polizei installiert werden. Dagegen hat sich mittlerweile ein Bündnis von linken Gruppen gebildet. Näheres zum Stand der Dinge, Aktionen usw. gibt es unter <http://neustadtwiki.sytes.net>.

Eigentumsvorbehalt: Nach dem Eigentumsvorbehalt ist *Feierabend!* solange Eigentum des Absenders bis er der/dem Gefangenen persönlich ausgehändigt wird. „Zur-Habe-Nahme“ ist keine persönliche Aushändigung im Sinne des Vorbehaltes. Wird *Feierabend!* der/m Gefangenen nicht persönlich ausgehändigt, ist er dem Absender mit dem Grund der Nichtaushändigung zurückzusenden. Wird *Feierabend!* der/m Gefangenen nur teilweise persönlich ausgehändigt, so sind die nicht ausgehändigten Teile und nur sie, dem Absender mit dem Grund der Nichtaushändigung zurückzusenden.

Volkshausverkauf... ..Mit der Säge am eigenen Stuhl

Fortsetzung von Seite 1:

Das 1905 entstandene Leipziger *Volkshaus* ist ein Meilenstein in der Geschichte der Arbeiterbewegung. Zwei mal erbauten es die ArbeiterInnen mit ihrem so genannten „Arbeiterroschen“ neu, nachdem es 1920 beim Kapp-Putsch(1) und 1945 von einer Bombe zerstört wurde. Bis 1990 vom FDGB (2) genutzt, fiel die Immobilie nach der Wiedervereinigung der Treuhand zu und wurde 1993 zusammen mit 8 anderen ostdeutschen Gewerkschaftshäusern von der Gesellschaft für Gewerbeimmobilien (GGI) gekauft, welche bis Dezember noch eine Immobiliensparte der BGAG(3) war und jetzt im Paket mit insgesamt 46 Objekten der Investmentgesellschaft *Cerberus* gehört. Der jüngste Verkauf ist dabei lediglich die Spitze des Eisberges in der Geschichte des verkauften Tafelsilbers der Gewerkschaften (siehe nächsten Artikel).

Konsequenzen

Das *Volkshaus* wird heute, neben der gleichnamigen Kneipe und zahlreicher Büros vor allem als Veranstaltungsort sowohl von GewerkschaftsaktivistInnen, als auch von anderen politischen Gruppen genutzt, um Informationsveranstaltungen, Seminare und Plena durchzuführen. Insbesondere bei Naziaufmärschen ist das *Volkshaus* ein beliebter Sammelplatz um Routen der Nazis Richtung Connewitz zu blockieren. Dies kann sich nun (zumindest rechtlich gesehen) schwieriger gestalten, und auch andere politische Aktivitäten, selbst Transpis an den Hauswänden könnten vom neuen Besitzer unterbunden werden. Auch wenn heute die Nutzungsmöglichkeiten von Haus und Hof durch BasisaktivistInnen nicht ausgeschöpft werden, so ist der Verkauf des zentral gelegenen Ortes ein Tritt in den Arsch all jener, die seit Jahren versuchen für die Interessen der Ausgebeuteten lokal einzustehen und Gewerkschaftsarbeit von unten zu organisieren. Doch für die DGB-Spitze scheinbar kein großer Verlust im Vergleich zum finanziellen Gewinn, der offiziell das durch Mitgliederrückgang entstandene Haushaltsloch ausgleicht. Selbst vor Kündigungsdrohungen schreckte diese nicht zurück, wenn gewerkschaftliche Funktionäre sich öffentlich den Entscheidungen des DGBs widersetzen und gegen die Veräußerung mobil

machten. Und auch jene AktivistInnen, die medienwirksam gegen Privatisierungen mobilisieren, machen sich zukünftig wohl lächerlich wenn sie hinter der Gewerkschaftsfahne laufen, wo doch selbst das gewerkschaftseigene Haus inzwischen keines mehr ist.

Proteste

Obgleich der Verkauf erst am 18.12.2006 schriftlich besiegelt wurde, war er bereits im September beschlossene Sache, wurde von den Verantwortlichen aber weder kommuniziert, noch mit den Betroffenen in irgendeiner Weise abgestimmt. Die Empörung darüber war bei der Leipziger Basis dementsprechend groß, zumal diese über die *Leipziger Volkszeitung* erst am 21.9. vom geplanten Verkauf erfuhr. Ausgehend von der Gewerkschaftsbasis formierte sich daraufhin zeitnah die Initiative *Stoppt den Verkauf der Gewerkschaftshäuser* und rief zu einer symbolischen Besetzung des *Volkshauses* auf. Viele AktivistInnen verbrachten am 26.10. die Nacht in und vor dem *Volkshaus* und versuchten mit Unterschriftensammlungen auf den unhaltbaren Beschluss aufmerksam zu machen und eine Gegenöffentlichkeit zu schaffen, zumal von allen anderen betroffenen Städten kein Zeichen des Widerstandes ausging. In einer außerordentlichen Delegiertenversammlung und Protestkundgebung am 15.11. sollten die verantwortlichen Vorstandsmitglieder des DGB und der BGAG Stellung dazu nehmen, allerdings hielten diese es nicht einmal für nötig, überhaupt zu erscheinen. Frei nach dem Motto „kommt ihr nicht zu uns, steigen wir euch aufs Dach“ fuhr daraufhin ein Bus mit rund 50 GewerkschaftsaktivistInnen am 22.11. in die DGB-Zentrale nach Berlin, um ein Gespräch mit dem dafür zuständigen Bundesvorstandsmitglied zu führen. Dieser versuchte die auf-

gebrachten LeipzigerInnen mit dem Versprechen, das Problem im Bundesvorstand noch einmal zur Sprache zu bringen, zu besänftigen. Die scheinbar aus Angst extra engagierte Security begleitete die ‚Reisegruppe Berlin‘ nach zweistündiger Audienz schlussendlich unverrichteter Dinge aus dem Haus. Am 6.12. wurde daraufhin zu einem offenem runden Tisch in Leipzig eingeladen, um weitere Aktionen gegen den Verkauf des Leipziger Hauses zu planen, wie zum Beispiel die Mahnwache am 19.12. Dort konnte nur noch traurig Bilanz gezogen werden, denn bereits am Tag zuvor ging der Besitz an *Cerberus*, dem *Höllenhund* in der griechischen Mythologie, über.

Auch wenn die Chancen auf einen Rückkauf des *Volkshauses* schlecht stehen, ist das letzte Wort noch nicht gesprochen, denn in diesem Jahr finden die Gewerkschaftstage⁴ der ver.di und der IG Metall in Leipzig statt. Eine breite innergewerkschaftliche Diskussion um eigene politische Ausrichtung ist notwendig, denn einmal mehr hat sich gezeigt, was sich hinter dem rhetorischen Schleier der selbsternannten Kampforganisation verbirgt. Dass der Ausverkauf von 100 Jahren Arbeitergeschichte und der damit verbundene Verrat an der eigenen Klasse insgesamt auf so wenig Widerstand stößt, liegt vielleicht aber auch daran, dass außer ein paar LeipzigerInnen kaum jemand mehr so idealistisch ist zu glauben, der DGB agiere gegen das Kapital.

momo



- (1)Der von Teilen der Reichswehr durchgeführte Putsch in der Zeit der Weimarer Republik richtete sich insbesondere gegen die politischen Parteien, welche den *Versailler Vertrag* durchzusetzen versuchten und im Rahmen dessen den Abbau der bewaffneten Kräfte forcierten.
- (2)*Freier Deutscher Gewerkschaftsbund*, zentraler Gewerkschaftsbund der DDR
- (3)*Beteiligungsgesellschaft der Gewerkschaften AG*, Immobilienterfirma des DBG
- (4)Der Gewerkschaftstag ist das höchste beschlussfassende Gremium der Mitgliedsgewerkschaften und tagt aller 4 Jahre. In der Bundesjugendkonferenz der IG Metall Jugend (7% der Gesamtmitglieder) wurde bereits im Januar beschlossen, das *Volkshaus* zurück zu kaufen und dementsprechend einen Antrag an den Gewerkschaftstag einzureichen.



Der Auskauf der „Neuen Heimat“

Das der aktuelle Verkauf der Gewerkschaftshäuser das bittere Ende einer über 20jährigen Ausverkaufs-Strategie des DGB an Staat und Kapital darstellt, wird deutlich, wenn mensch einen Blick in die Gewerkschafts-Geschichte wirft.

„Wohnungsbaugesellschaften“ sind heute ein Synonym für den Filz von Staat und Privatwirtschaft im kommunalen Bereich und somit Verfallsprodukte des Genossenschafts-Prinzips der sozialistischen Bewegungen. Als liberal inspirierte, eher kleinbürgerliche Idee des 19. Jahrhunderts erreichten sie ihre größte Blüte und dezentrale Vielfalt auf dem deutschen Staatsterritorium zur Zeit der Weimarer Republik zwischen 1918 und 1933. Verantwortlich dafür ist das durch die SPD-Agitation verstärkte Engagement der Gewerkschaften (Zentralisierung im ADGB [Allgemeiner Deutscher Gewerkschaftsbund]) an den kommunalen Wohnungsmärkten (Stichwort: „Gemeinwirtschaftlicher Wohnungsbau“). Die Gründung der *Gemeinnützigen Kleinwohnungsbaugesellschaft Groß-Hamburg (GKB)* 1926 ist in diesem Prozeß schon eine zentralistische Regression. Den weiteren Entwicklungen machte die faschistische Machtübernahme 1933 ein jähes Ende. Alle Gewerkschaftsunternehmen wurden verstaatlicht bzw. der *Deutschen Arbeiterfront (DAF)* unterstellt oder verboten, und 1939 landesweit in „*Neue Heimat*“ (NH) umbenannt. Bittere Ironie des Schicksals: Die von den Faschisten vereinnahmten Wohnungsbaugesellschaften der Gewerkschaften wurden nach dem Krieg unter die Treuhand gestellt, weil sie in NS-Besitz waren und konnten im anschließenden Rechtsstreit nur teilweise zurückgewonnen werden.

Die Köpfe wechselten, der Name blieb. Die ehemalige GKB hieß nun *Neue Heimat Hamburg* und wurde bereits in den frühen 50er Jahren zum Ausgangspunkt und Motor einer enormen wirtschaftlichen Expansion des DGB, insbesondere auf dem Bau-, Wohnungs- und Finanzmarkt. 1954 beschlossen die obersten Gremien die Fusion aller eigenen, lokalen Wohnungsbaugesellschaften in die *Neue Heimat* mit Sitz in Hamburg. Die Bedeutung für das „Wirtschaftswunder BRD“ und die „soziale Marktwirtschaft“ des so zusammen geschweißten Großkonzerns stieg ständig, Wiederaufbau und Siedlungsbau weiteten sich bis zum Bau von Universitäten (Göttingen), Krankenhäusern, Altenheimen, Kongreßzentren (ICC Berlin), Schwimmhallen, Schulen und ganzen Altstadtsanierungen (u.a. Hameln) aus. Insbesondere die NH-Siedlungen der 60er Jahre sind in vielerlei Hinsicht mit den Neubau- oder Plattenbau-Siedlungen in der ehemaligen DDR vergleichbar.

Entscheidender aber für den weiteren Weg der *Neuen Heimat* und letztendlich Hauptursache für ihren späteren Niedergang war die Gründung von kommerziellen, nicht gemeinnützigen Tochtergesellschaften: 1962 wurde die *Neue Heimat International* gegründet, 1964 folgte die *Neue Heimat Kommunal*. 1969 kam noch die *Neue Heimat Städtebau* hinzu. Der Gesamtkonzern *Neue Heimat* erreichte so in den 70er Jahren eine kaum noch durchschaubare, komplizierte Struktur. Die Auslandsbeteiligungen der *Neuen Heimat International* reichten von Frankreich bis nach Kanada und Mexiko. Wie sich später herausstellte, führten gerade einige dieser Beteiligungen zu den finanziellen Schwierigkeiten, in die der Konzern gegen Ende des Jahrzehnts geriet.

Der Skandal von 1982 wird heute von vielen Historikern als Schlüsselmoment für den einsetzenden wirtschaftlichen Niedergang der zentralen Gewerkschaften in Deutschland bewertet. Jahrelange systematische Korruption und persönliche Bereicherung noch am einfachen Mieter und Mitglied fliegen auf. Erschreckend sind vor allen Dingen die internen Verflechtungen von der *Bank für Gemeinwirtschaft (BfG)* bis zur DGB-Spitze selbst. Der bereits 1982 anlaufende Unternehmensverlust von 700 Millionen D-Mark wächst in den folgenden vier Jahren auf 16 Milliarden D-Mark an. Der kopflose DGB kann diese finanziellen Verbindlichkeiten noch nur durch den Ausverkauf der NH decken. Nachdem 1986 der Versuch scheitert, die ganze NH 1 D-Mark (!!!) an den Berliner Bäckerei-Unternehmer *Schiesser* zu verkaufen, übernimmt die *BGAG (Beteiligungsgesellschaft der Gewerkschaften AG)* als Holding die stückweise Abwicklung der Restbestände der NH. Ihre Hinterlassenschaft ist gewaltig. Kein anderes deutsches Unternehmen hatte je so viele Wohnungen gebaut wie die *Neue Heimat*. Ein Großteil der Wohnungsbestände wird, teilweise mit erheblichem Verlust (*BGAG*-Vorstandsvorsitzender Hans Matthöfer (SPD) spricht bereits 1987 von 3-4 Milliarden D-Mark), an die Wohnungsbaugesellschaften der Bundesländer verkauft, vieles andere in privatwirtschaftliche Hände (teilweise sogar per symbolischem Preis) übergeben.

Die *Neue Heimat* gibt es heute nicht mehr. Jahrelang gab es noch die *NH-AG* (später *HVB-AG*). Am 1998 wurde sie mit ihrer Muttergesellschaft *BGAG* verschmolzen. In Hamburg residiert aktuell noch die *Neue Heimat Vermögensverwaltungs- und Betreuungsgesellschaft mbH*. Aufgabe des Unterneh-

mens ist die Betreuung der Pensionsansprüche von etwa 2000 ehemaligen Mitarbeitern der *Neuen Heimat*. Dem ehemaligen Großkonzern ist somit noch ein Grundstück in Bremen-Vegesack verblieben.

Auffällig: Die *BGAG-Holding* scheint schon seit den 80ern mit dem Verkauf der gewerkschaftlichen Vermögen beschäftigt. Neben der vollständigen Auflösung der *Neuen Heimat* 1998 ist sie verantwortlich für den Verkauf der *BfG* (1986/2000), für den gewerkschaftlichen Rückzug aus der *Volksfürsorge*, für die Anteilsaufgabe an der *Direktbank (DiBa)* 1998, wie auch für den Verkauf der *Allgemeine Wohnungsvermögens AG (ALLWO)* 1996 an den *AMB Generali Konzern*. Derzeit hat die *BGAG-H* kaum noch Silber in der Schublade. Neben der *BGAG Immobilien Ost GmbH (BIO)*, deren Tätigkeiten auf Restitutions-Ansprüche hinsichtlich der Enteignungen 1933 bzw. 1990 beschränkt sind, dem *Bund Verlag* und der *ISA Consult* verfügt sie aktuell lediglich über eine handvoll Finanzspekulationen und kurzfristige Investitionsprojekte.

Angesichts dessen erscheint der jüngste Verkauf der Gewerkschaftshäuser durch die BGAG-H noch perfider: Als hätte jemand den ohnehin leeren Besteckkasten noch einmal mit Gewalt aus der Schublade der Geschichte gerissen, um dabei einen letzten, kleinen Silberlöffel zu entdecken. Und anstatt ihn zu putzen, zu pflegen, vielleicht als Andenken, vielleicht als neuen Anfang zu verwahren, hatten die Verantwortlichen des DGB nichts besseres zu tun, als schnellstens zu einem ihrer nächsten Pfandleiher zu laufen, um den kleinen Schatz möglichst unauffällig flüssig zu machen. Fragt sich bloß wofür. Eventuell droht ihnen ja in der eigenen Pensions-Kasse ein kleines Loch, das sich nicht mehr ausreichend durch die Mitgliedsbeiträge der verbliebenen GewerkschafterInnen stopfen läßt!



Viele weitere Informationen über die Geschichte der NH unter:
www.architekturarchiv-web.de/nhkap1.htm

Noch mehr in:

„Die Akte *Neue Heimat* - Krise und Abwicklung des größten Wohnungsbaukonzerns Europas 1982 – 1998“, hrsg. von Andreas Kunz, Campus, Frankfurt (M.), 2002

Interview mit Betty Pabst: Einblicke ins Lagerleben

FA!: *Wie kamst Du auf die Idee, die Flüchtlingsheime in Leipzig zu fotografieren?*

Betty Pabst: Ich hatte schon zu meiner Zeit in Offenbach zwei verwandte Projekte: einmal habe ich den Alltag in einem Frauenhaus fotografiert, und als Vordiplomarbeit die Situation von blinden und sehbehinderten Migranten. Ich hatte den Wunsch, mich mit diesem Thema explizit auseinanderzusetzen und habe mich erstmal auf die Suche nach Organisationen begeben, die sich mit dem Thema beschäftigen. Später habe ich begriffen, dass Ausschluss, und somit auch Lager als solche, unserem Gesellschaftssystem immanent ist, und kein „Ausrutscher“ oder bloße Reaktion auf eine Not-situation.

FA!: *Wie verlief die Kontaktaufnahme?*

BP: Über den Flüchtlingsrat in Leipzig habe ich die Sozialarbeiterin in der Raschwitzter Straße kennen gelernt. Sie hat mir Kontakt zu Flüchtlingen vermittelt und mich einigen vorgestellt. Ich habe erst alles Mögliche fotografiert, später, als ich schon intensiveren Kontakt zu einzelnen Personen hatte, durfte ich auch Porträtaufnahmen machen. Wir haben auch viel geredet und ich habe zu Fragen des Asylrechts in der EU, Lagersysteme und Abschieberegeln gelesen.

FA!: *Wie hast Du die Probleme der MigrantInnen wahrgenommen?*

BP: Ein zentrales Problem, in das sie gezwungen werden, ist die Isolation. Das, was von ihnen lautstark verlangt wird, die Integration, wird verhindert, weil ihnen der Kontakt zu Menschen außerhalb des Lagers so erschwert wird. Über das Leben der Flüchtlinge wird vom Staat verfügt, einfache Dinge des Lebens, wie z.B. die Bewegungsfreiheit und die eigene Versorgung wird in den Lagern organisiert. So gibt es z.B. die Residenzpflicht, die besagt, dass Asylsuchende nur nach vorheriger amtlicher Erlaubnis den Ort ihrer Residenzpflicht verlassen dürfen. Der Antrag dafür kostet hierzulande 10 •, bei 40 • Bargeld

im Monat extrem viel. Anträgen, zu Familienmitgliedern ziehen zu dürfen, wird oft nicht stattgegeben. Die psychologische Belastung der Menschen im Lager schien mir enorm zu sein.

FA!: *Die Fotos, welche Du im Kulturraum ausgestellt hast, vermitteln ja vor allem Eindrücke von den geräumten Flüchtlingsheimen. War das von Anfang an so geplant?*

BP: Eine Idee war, die Leute an Orten ihrer Zukunftswünsche zu fotografieren. Das waren oft erträumte Arbeitsstellen. Ich wollte keine falschen Schlüsse zulassen, daher habe ich diese Idee verworfen. Auch die Porträts allein schienen mir wenig aussagekräftig. Ein wichtiger Teil meiner fotografischen Arbeit sind jedoch auch Bilder von Fotos an den Zimmerwänden. Diese Portraits habe ich von den Menschen gemacht und einige haben sie sich an die Wand gehängt. Diese Orte habe ich fotografiert. Das schien mir eine gute Metapher für den Zwischenzustand, in den die Leute gezwungen werden und der ja oft Jahre andauert. Überhaupt habe ich lange gebraucht, um die Situation wirklich zu begreifen, um sie zu fotografieren, und ich arbeite weiter daran.

FA!: *Was soll dann der Betrachter für Impressionen erhalten, wenn er nur die leeren Räume abgesehen sieht?*

BP: Ich möchte keinen Schockeffekt erzielen, sondern wollte den Zustand des Wartens, ausharren Müssens festhalten. Ich fand es interessanter, die begrenzten privaten Räume zu zeigen, das Provisorium, in dem kein persönlicher Bezug vorhanden ist. Die Frage finde ich schwierig, weil die Betrachter ja nicht nur die leeren Räume sehen, sondern auch die vermittelten Portraits.

FA!: *Ist das Thema nicht viel zu komplex? Kann man das mit einem guten Dutzend Stillleben ausdrücken?*

BP: Das ist natürlich schwierig. Worum es mir geht ist, einen Einstieg zu schaffen, um sich eventuell weiter mit dem Thema zu beschäftigen. Fotos können meiner Meinung nach

auf einer sensitiven Ebene ansprechen, Gefühle und Irritationen auslösen, die im besten Fall dazu führen, über ein Thema mehr wissen zu wollen. Wie gesagt, arbeite ich weiter daran und will in Zukunft auch mehr Text einfließen lassen, denn Fotos können nicht viel von den Zusammenhängen erklären. Und ich finde jetzt wichtig, ganz konkret zu werden.

FA!: *Werden den Flüchtlingen grundsätzliche Rechte abgesprochen?*

BP: Natürlich! Es ist entwürdigend, überhaupt an diesem Ort festgehalten zu werden, das Essen eine Woche im Voraus bestellen zu müssen, videoüberwacht zu werden, jede Bewegung über die Stadtgrenzen hinaus beantragen zu müssen, keine Verfügungsgewalt über die Räumlichkeiten zu haben. Zum Beispiel sind dadurch auch Polizeirazzien ohne Durchsuchungsbefehl möglich. In Ausreisezentren wie etwa Halberstadt bleiben den Flüchtlingen noch weniger Rechte, und umso mehr wird Druck auf die Menschen ausgeübt, Deutschland zu verlassen.

FA!: *Hast Du denn ein zufrieden stellendes Feedback erhalten?*

BP: Einerseits haben sich innerhalb der Ausstellung gute Gespräche entwickelt. Je nachdem, ob Leute schon vorher mit dem Thema in Berührung gekommen sind, oder sogar selbst in einem Asylbewerberlager waren oder dort gelebt haben, konnten sie in den Fotos mehr sehen, als nur das, was ich abgebildet habe. Andererseits habe ich festgestellt, dass ein Raum, der erstmal „Kunst“ verspricht, durchaus für viele Leute Hemmschwellen bereithält, ihn überhaupt zu betreten. Es wäre also sinnvoller, dieses Thema im öffentlichen Raum zu platzieren. Ich suche nach Orten, die zwar öffentlich sind, aber eben auch genug Ruhe und Raum bieten, um sich auf Bilder und Text einzulassen, nachzudenken und zu diskutieren.

FA!: *Wie wird es weitergehen?*

BP: Wir, d.h. Eva Winckler, ich [und hoffentlich noch weitere Autor/innen] arbeiten daran, eine Auswahl an Fotografien und Texten als Buch zu veröffentlichen. Auch um der Komplexität des Themas mehr gerecht werden zu können. Außerdem arbeite ich weiter an einem Ausstellungskonzept, dass wie schon erwähnt, eher im öffentlichen Raum seinen Platz finden wird.

Bonz



Betty Pabst ist 30 Jahre alt, durchlief von 1996 bis 1998 eine Ausbildung zur Fotografin, absolvierte anschließend das Grundstudium in visueller Kommunikation an der Hochschule für Gestaltung in Offenbach und seit Oktober 2004 ihr Hauptstudium in Fotografie an der HGB Leipzig. Von November bis Dezember 2006 stellte sie Fotografien aus den Leipziger Flüchtlingsheimen unter dem Titel „Wartezimmer“ in der Kulturraum-Galerie aus.
www.bettypabst.de

Den Finger am Abzug

Kriegsstrategen auf der NATO-Sicherheitskonferenz

Vom 9.-11. Februar 2007 trafen sich Regierungs- und WirtschaftsvertreterInnen, hochrangige Militärs, vorwiegend aus NATO (North Atlantic Treaty Organization) und EU Mitgliedsländern zur 43. Münchner Sicherheitskonferenz (SiKo) (1), um die Sicherheitslage der Welt zu besprechen und globale Strategien, z.B. für den Kampf gegen den *transnationalen Terrorismus*, auszuhandeln und zu koordinieren. Die Exklusivität dieser Veranstaltung wird in der Einladungspolitik deutlich: Der Bundestagsfraktion DIE LINKE wurde trotz mehrmaliger Anfrage eine Einladung verweigert.

Diese Praxis korrespondiert auch mit dem repressiven Vorgehen der Polizei gegen die GegnerInnen der Kriegspolitik. Der seit 1999 verpflichtete Veranstalter Horst Teltchik (2), formulierte das in einem Radio-interview so: „Es ist die Tragik jeder Demokratie, dass bei uns jeder seine Meinung öffentlich vertreten darf [...]. In Diktaturen würde so etwas nicht passieren“. 2002 wurden solche fast „diktatorischen“ Zustände tatsächlich hergestellt, indem das Kreisverwaltungsreferat auf Bitte der Polizei über die ganze Stadt ein totales Demonstrations- und Versammlungsverbot verhängt hatte.

Die 43. Konferenz wurde von der Bundesregierung mit 323.000 Euro unterstützt und durch 3500 PolizeibeamtInnen aus Bayern, Baden-Württemberg und Hessen, die Bundespolizei, sowie einige hundert Angehörige der Bundeswehr abgesichert. Die Kosten der Bundeswehr für diesen Einsatz betragen über eine halbe Million Euro. Mutet es nicht absurd an, dass der Einsatz von Militär im Landesinnern nötig ist, um abzusichern, dass die ca. 250 Teilnehmenden sich als ‚Retter der Welt‘ Medaillen für *Frieden durch Dialog* verleihen können.

Die Agenda der SiKo liest sich wie die

Schreckensnachrichten von morgen. 1999 wurden hier die Weichen für den Krieg gegen Jugoslawien gestellt, in den die BRD erstmals seit 1945 wieder mit Waffe und Soldat im Ausland verwickelt war. Seit 2002 wird die globale *strategische Gemeinschaft* der *Koalition der Willigen* für den *Krieg gegen den Terror* mobilisiert, der ein Jahr später trotz fehlenden Mandats des UN-Sicherheitsrats als *Präventivkrieg* (3) auf den Irak geführt wurde. In diesem Jahr lag der Fokus auf der militärischen Neuordnung des Nahen und Mittleren Ostens. Der Konflikt um das iranische Atomprogramm, von dem eine Gefahr für die gesamte *westliche Welt* ausgehen soll, liefert schon jetzt Argumente, die später vielleicht auch einen *Präventivschlag* gegen den Iran rechtfertigen könnten. Da die SiKo nicht ohne Grund von ihren GegnerInnen *NATO-Sicherheitskonferenz* genannt wird, ist ein großes Thema die künftige Rolle der NATO und der einzelnen Mitgliedsstaaten. Die bisher geführten *Präventivkriege* oder auch *humanitären Interventionen* zeigen, „dass sich die NATO im Laufe der 90er von einer Verteidigungsarmee in eine global agierende Kriegstruppe verwandelte, [...] und nun immer stärker in Richtung einer weltweiten Besatzungstruppe umstrukturiert wird.“ (4)

Protest und Repression

Seit etwa 5 Jahren wird durch die Friedensbewegung und globalisierungskritische Gruppen Protest gegen diese Konferenz und ihre militärische Ausrichtung organisiert. Am Freitagabend gab es eine Kundgebung mit circa 300 TeilnehmerInnen und einen etwa 200 RadlerInnen umfassenden Fahrradkorso durch die Innenstadt. Zur Großdemonstration „Gegen die NATO-Kriegstagung – Gegen Folter, Krieg und Besatzung –

Gegen Rassismus und NAZI-Propaganda“ kamen am Samstag mehrere tausend Menschen auf den Marienplatz. In Berichten von TeilnehmerInnen wird die Stimmung als friedlich bezeichnet, trotz vermehrter Polizeischikane auf der Demonstration und im Vorfeld. So musste mensch z.B. durch eine Sperrgitterschleuse und sich abfilmen lassen, um auf den Platz zu gelangen. Der bayrische Landesverband der *Piratenpartei* reagierte darauf seinerseits mit einer Überwachung des Staates: Polizisten wurden fotografiert und die Sicht der Polizeikameras blockiert.

Schon im Vorfeld gab es Einschüchterungsversuche und Schikanen durch die PolizistInnen. Bereits am 17. Januar führten Polizei und Staatsschutz in 8 Münchner Objekten Hausdurchsuchungen durch. Der Bus des Berliner Anti G8 Bündnisses wurde ebenso wie der Bus aus Tübingen noch vor München auf der Autobahn raus gezogen, um Leibbesichtigungen und Identitätsfeststellungen durchzuführen. Dabei wurden jeweils eine Handvoll Leute festgenommen aus Gründen, wie der Mitführung einer Waffe (Vespermesser in einer Brotbüchse der Landessprecherin der Linkspartei in Baden-Württemberg Elke Lison) oder Passivbewaffnung (eine Armbandage). Die Betroffenen wurden dabei weit über die zulässige Zeit in der Zelle behalten und so daran gehindert, an der Demonstration teilzunehmen.

Die Proteste stehen in einem breiteren Kontext. Wer gegen Kriegstreiberei auf die Straße geht, spricht sich auch gegen die ökonomischen Bedingungen dieser Kriege aus. Folter, Entrechtung, Sozialabbau, Landvertreibung und Kriminalisierung Andersdenkender sind dabei nur Symptome einer perfiden, auf Macht- und Kapitalgewinn ausgerichteten Politik. München steht damit in untrennbarem Zusammenhang mit Davos, dem Veranstaltungsort des WEF (Weltwirtschaftsforum), wogegen jedes Jahr wieder Proteste organisiert werden und nicht zu vergessen mit dem G8 Gipfeltreffen, vom 6. – 8. Juni in Heiligendamm (siehe S. 12).

wanst

(1) Seit Ende des Kalten Krieges so, von GegnerInnen auch *Nato-Sicherheitskonferenz* oder *Kriegskonferenz* genannt, ist sie die Fortsetzung der 1962 gegründeten *Wehrkundetagung*.

(2) Horst Teltchik - ehemaliger außen- & sicherheitspolitischer Berater Helmut Kohls, Vorstandsvorsitzender der Herbert-Quandt-Stiftung von *BMW* und Präsident der deutschen Niederlassung des US-Rüstungskonzern *Boeing*.

(3) „Der *Präventivkrieg* ist ein Krieg, den der die erste Kriegshandlung vornehmende Staat unter Berufung darauf eröffnet, daß er dem Kriegsbeginn durch den gegen ihn rüstenden Gegner zuvorkommen müsse, bevor dieser ein Übergewicht erlangt habe. Der *Präventivkrieg* ist, wenn er nicht einem unmittelbar drohenden Angriff als Verteidigung begegnet, ein verbotener *Angriffskrieg*.“ (Brockhaus)

(4) Jürgen Wagner, IMI-Analyse 2007/003, <http://www.imi-online.de/download/JW-SiKo2.pdf>.

Soldaten und Pakete über Leipzig in die ganze Welt



2002 beschlossen die NATO-Staaten bei ihrem Gipfel in Prag den Aufbau einer „NATO Response Force“ (NRF). Die Bundesregierung erklärte sich bereit, die strategische Lufttransportfähigkeit für die westlichen Interventionstruppen zu organisieren - über den neuen NATO-Flughafen Halle/Leipzig. Weitere 13 EU-Einsatzgruppen mit je 1.500 Soldaten sollen ab 2007 über den sächsischen Airport in Krisenregionen weltweit gebracht werden. Konkret sind seit Oktober 2006 21.000 NATO-Soldaten vollständig einsatzbereit und können

innen fünf Tagen samt ihrer Waffen an jeden Punkt der Erde verlegt werden.

Offiziell begründet wurde der Ausbau mit dem Ansiedlungsinteresse des weltweit größten Transport- und Logistik-Unternehmens DHL (Tochter der Deutschen Post, siehe FA!#16). Durch die kostspielige Erweiterung (über 300 Mill. Euro Steuerzuschüsse) der Start- und Landebahnen samt Frachtanlagen sollten mehrere tausend Arbeitsplätze entstehen. DHL ist auch in die Militarisierung eingebunden, frei nach dem Motto: Die eine Hand schickt Waffen und die andere die Care-Pakete.

Der Flughafen an der Autobahn A 9 boomt, zivile und militärische Linien- und Charterflüge nehmen zu. Die im Januar in Betrieb genommene Militärbasis dient der ständigen Bereithaltung mehrerer gemieteter Maschinen des russischen Typs Antonow 124-100. Sie können bis zu 120 Tonnen Gerät über große Entfernungen transportieren. Hauptsächliches Zielgebiet

ist Kabul (Afghanistan), wohin immer mehr deutsche Panzer und andere Großwaffen verlegt werden. Dabei ist strittig, ob der Truppentransfer gegen den „2-plus-4-Vertrag“ verstößt. Danach ist es verboten, ausländische Truppen auf dem Ex-DDR-Territorium zu stationieren oder dorthin zu verlegen. Doch die Militärs sind ja offiziell »nur im Transit«.

Nicht nur der zunehmende Fluglärm bringt immer mehr Bürger gegen den Ausbau des Flughafens Leipzig auf. Auch die mit der geplanten militärischen Nutzung verbundenen Sicherheitsgefahren – etwa durch Unfälle mit Kampfmitteln oder durch gegnerische Angriffe – sorgen für wachsenden Widerstand. So will die Aktionsgemeinschaft Natofrei! (www.flughafen-natofrei.de) Leipzig den Flughafenausbau juristisch, sowie mit Unterschriftenaktionen, Protesten und Petitionen verhindern. Am Ostersonntag ist z.B. ein großer Protestmarsch geplant.

Infos unter: www.flughafen-natofrei.de

„FREIE HEIDE“ gegen Kriegsspiele

Im nahe Wittstock gelegenen „Bombodrom“ in der Kyritz-Ruppiner Heide will die Bundeswehr Luft- und Bodenkriege, das Fernsteuern von Raketen und Tornadoflüge trainieren. Dagegen organisiert die FREIE HEIDE seit 1992 breiten gewaltfreien Widerstand in der Region. Da die Möglichkeiten der juristischen Verhinderung schnell erschöpft sind, wurde die Kampagne „Bomben nein - wir gehen rein!“ als Teil des „Zivilen Ungehorsams“ entwickelt.

Mit Beginn der Inbetriebnahme soll durch eine permanente Präsenz von Aktionsgruppen auf dem Gelände der Betrieb nachhaltig gestört werden.

An 200 Tagen im Jahr ist hier das Üben von Bombenabwürfen geplant. „Bomben nein - wir gehen rein!“, bedeutet, den eigenen Körper als Mittel des Widerstands gegen die Tötungsmaschinerie militärischer Politik einzusetzen. Bereits über 1500 Menschen haben Selbstverpflichtungen abgegeben, sich an dieser Kam-

pagne zu beteiligen.

Am 1. Juni 2007 wird es einen **Bombodrom-Aktionstag** im Rahmen der Anti-G8-Aktionen geben. Eine *vorläufige Besiedelung dieses Kriegsübungsplatzes* ist geplant und schon am 31.5. sollen *Karawanen und Euromärsche* in der Kyritz-Wittstock-Ruppiner Heide eintreffen, um einen deutlich wahrnehmbaren Auftakt der Proteste gegen die Politik der G8 zu gestalten.

Im Anschluss an die „Probebesetzung“ finden am 5. Juni **Blockadeaktionen am Flugplatz Rostock-Laage** statt, auf dem die G8-GipfelteilnehmerInnen ankommen werden. Die AG gegen Militarismus und Krieg (www.g8andwar.de): „Auch wir werden an diesem Tag massenhaft vor Ort sein, denn mit ihrer Kriegspolitik können sie bei uns nicht landen!“

Auf dem recht unscheinbaren Flugplatz entsteht eine bedeutende militärische

Drehscheibe:

hier stehen Tarnkappenbomber und Eurofighter, ausgestattet mit der Mittelstreckenrakete namens AMRAAM, die Ziele in mehr als 130 km Entfernung identifizieren und treffen kann. Rostock-Laage ist derzeit der einzige deutsche Flughafen, der Eurofighter-PilotInnen ausbildet. Seit der Übergabe eines mobilen Gefechtsstands im August 2006, dem „DCRC“ (Deployable Control & Reporting Centre) für die militärische Überwachung des Luftraums und zur „taktischen Führung von Luftstreitkräften“ ist die Luftwaffe erstmals in der Lage, außerhalb deutscher Grenzen eigene Luftkampfeinheiten zu unterstützen und zu führen. Damit hat Rostock-Laage eine zentrale Bedeutung für die Kriegsplanungen von Bundeswehr und NATO.



Infos zum Bombodromwiderstand: www.freieheide.de, www.sichelschmiede.org,
Kampagne „Bomben nein - wir gehen rein“: www.resistnow.freieheide-nb.de,
www.freieheide-nb.de/heideneu/200grup-pen.html
www.imi-online.de/download/g8readerWEB.pdf

BUKO30: macht#netze?

Fragen zum Internationalismus-Kongreß

Der 30. „Bundeskongress Internationalismus“ (der BUKO) findet in diesem Jahr vom 6. bis 9. April in Leipzig statt. Um die 130 entwicklungspolitische Organisationen, Solidaritätsgruppen, internationalistische Initiativen, 1-Welt-Gruppen und -Läden, Kampagnen und Zeitschriftenprojekte vernetzen sich im unabhängigen Dachverband und bilden die „Bundekoordination Internationalismus“ (die BUKO) – als einen „Ort linker, herrschaftskritischer Debatten“. Diese Leute finden sich mit vielen Anderen jährlich zusammen, um zu reden, zu hören, zu streiten und vieles mehr. Eine Mitorganisatorin aus der Leipziger Vorbereitungsgruppe gibt Einblick in den Entwicklungsprozess und in bereits gesetzte Schwerpunkte.

FA! Wer bereitet den Kongress vor und wie habt ihr euch gefunden?

Das ist jetzt natürlich bloß meine Sicht der Dinge: Im Herbst letzten Jahres gab es mehrere Treffen im linxxnet und irgendwann hat die handvoll Interessierter – im Beisein der beiden Leute von der in Hamburg eingerichteten Geschäftsstelle – sich für einen BUKO in Leipzig entschieden. Wegen der mangelhaften „Rückbindung in die linken Gruppen“ war unsere Unsicherheit groß. Zusammen sitzen nun u.a. Leute von *StuRa*, *attac*, der *Kamera-Initiative*, aber auch „Ungebundene“ – viele von den „üblichen Verdächtigen“ haben aber entweder keine Lust auf Orga-Kram oder politische Vorbehalte. Die auch politisch heterogene Vorbereitungsgruppe versteht sich wie auch der und die BUKO insgesamt als undogmatisch und versucht, einen emanzipatorischen Anspruch zu verwirklichen. Die meisten haben noch nie beim BUKO oder einem vergleichbaren Großprojekt mitgemacht und profitieren von den sammelbaren Erfahrungen.

FA! Kannst du mir ein Bild vom aktuellen Stand geben?

Bis jetzt gab es ca. fünf bundesweite Vorbereitungstreffen in Leipzig, bei denen die inhaltliche Ausrichtung entwickelt und die Arbeitsgruppen gefunden bzw. vorgestellt wurden. Auch dazwischen gab es über eine Mailingliste viele Diskussionsprozesse z.B. zum Selbstverständnis und zur Kongresszeitung, die nun überall ausliegt. Dabei gab es auch Konflikte bezüglich Hierarchiebildung und Umgangsweisen untereinander, die leider auch Einzelne zum Ausstieg bewegt hat. Wöchentlich trifft sich im linxxnet die lokale Gruppe, um infrastrukturelle und Leipzig-bezogene Organisationsfragen zu

klären bzw. zu koordinieren. Seit kurzem gibt es außerdem ein Büro, indem jetzt die konkreten Anfragen, der zeitliche Ablauf, die Raumvergabe usw. bearbeitet werden. Der Ort steht übrigens noch nicht fest, wird aber wahrscheinlich Räumlichkeiten der Uni betreffen.

FA! Was habt ihr inhaltlich vor?

Von den Teilnehmenden an der Vorbereitungsgruppe werden unter folgenden Knotenpunkten Veranstaltungen vorbereitet: Migration, Antimilitarismus, Geschlecht, Energie, Privatisierung,

Widerstand, Organisation und „ungewollte Anschlüsse“.

Zu Migration arbeiten Leute in Berlin bzw. Brandenburg (*fels* und *FIB*) und LeipzigerInnen (u.a. von der *Umtauschinitiative*). Die Initiative *Flughafen natofrei* (S.8?) bereitet Veranstaltungen zum Thema Krieg und eine Großaktion am Ostersonntag vor. Leute aus Frankfurt planen zahlreiche workshops zu „Macht-Geschlecht-Politik“; die *AG Energie* arbeitet diesmal zur Energiepolitik der G8-Staaten. Aus Bremen und

Hamburg wird Privatisierung am Beispiel Bertelsmann intensiv beleuchtet. Widerständige Praxis und Organisationsfragen sind ein weiteres Arbeitsfeld. Verschiedene Einzelpersonen und Gruppen, bisher z.B. der Frankfurter *Macht-Geschlecht-Politik-AG* und der *engagierten Wissenschaft* der Uni Leipzig wollen Antisemitismus, Rassismus und andere Verschwörungstheorien thematisieren.

Wer interessiert ist, kann sich in der Kongresszeitung und bald auch auf der Homepage genauere Informationen holen, das endgültige Programmheft wird erfahrungsgemäß erst kurz vor Beginn fertig sein.

FA! Wie und warum seid ihr auf das Motto gekommen und wo findet es sich wieder?

Sowohl Herrschaftsverhältnisse wie Kapitalismus, Rassismus und Sexismus, als auch die anderen genannten Themenfelder können nicht losgelöst voneinander betrachtet werden. Die Cross-Over-Konferenz 2002 stand Pate für das doppel-sinnige ‚macht#netze‘. Für Widerstand und Emanzipation ist dann sowohl eine weni-



ger plakativen Analyse nötig, als auch kollektive Ermächtigung, z.B. in Form von verbindlicher Zusammenarbeit verschiedener „Ein-Punkt-Bewegungen“ und über Heiligendamm hinaus.

bitte umblättern...

BUKO30:

Nicht zuletzt wegen der Agenda-Setzung g8-kritischer Bewegungen gab es den Wunsch nach einem Zusammendenken der politischen Felder. Ebenso wie danach, dass das Streben nach einer freien Gesellschaft methodisch umgesetzt wird: mehr Austausch von Erfahrungswissen, weniger Frontalsituationen, Abbau von Dominanzverhalten, Theorien für Bewegung ... Die Verknüpfung der Themen soll durch spezielle Veranstaltungen geschehen, die aber trotzdem von thematisch festgelegten Arbeitszusammenhängen vorbereitet werden. Zeit zum untereinander Vernetzen wird es außerdem geben. In der Eröffnungs-, Abend- und auch in der Abschlussveranstaltung soll das Netzprinzip ebenso verwirklicht werden, wahrscheinlich durch Rückblicke auf 30 Jahre Widerstand und über Gespräche anhand des Kongressmottos und der gelaufenen Workshops.

FA! Wie wird das dann konkret ablaufen? Das werden die Teilnehmenden zum Glück zum größeren Teil selbst in der Hand bzw. im Kopf haben, auch und gerade, wenn sich ein sehr umfangreiches Angebot an Veranstaltungen abzeichnet. Es wird auch immer Raum für selbstorganisierte Workshops geben. Freitag gibt es inhaltliche Einführungsangebote und den großen Auftakt; Samstag laufen Workshops und eine öffentliche Abendveranstaltung (noch offen). Am Oster(marsch-)sonntag ist nach der „Phase des Zusammendenkens“ Zeit, aktiv zu werden (z.B. am Flughafen) und Netze zu machen, abends dann die Abschlussparty und Montag die inhaltliche Abschlussveranstaltung.

Ansonsten sind wir für jede Hilfe vor und während des Kongresses sehr dankbar: Schlafplätze, Gemüse, Notfallhilfe und so weiter für 500-1500 zu Erwartende wollen auch gestemmt werden. Das Büro und das montägliche Treffen halb Acht im linxxxn freuen sich auf Besuch und Mithilfe.

leipzig@buko.info
 Büro im StuRa: 0341/9737875
 Liebigstrasse 27a
 Mo, Di, Do, 11-16 Uhr

WSF: Protestieren, vernetzen, agieren*

Vom 20.-25. Januar 2007 trafen sich in Nairobi, Kenia, circa 50.000 (1) GlobalisierungskritikerInnen und GraswurzelaktivistInnen, Nichtregierungsorganisationen (NGOs), Hilfswerke, kirchliche Vereinigungen und Stiftungen aus allen Kontinenten unter dem Motto: „Eine gerechtere Welt ist möglich“ zum siebten Weltsozialforum (WSF). Der Gipfel sollte vor allem den sozialen Bewegungen Afrikas die Gelegenheit bieten, auf ihre Kämpfe aufmerksam zu machen. Auf über 1.200 Workshops, Seminaren und Kundgebungen wurden Themen wie Hunger, Aids, die Schuldenproblematik der Entwicklungsländer und gewaltsame Konflikte behandelt.

Eröffnet wurde das Forum von mehreren bunten Demonstrationen, die zur Auftaktveranstaltung zogen. Eine startete am Rande des Mega-Slums Kibera, ein weiterer ökumenischer Zug vereinte verschiedene kirchliche Organisationen und Hilfswerke. Es sprachen AktivistInnen sozialer Bewegungen aus dem Nahen Osten, aus Afrika, Lateinamerika, Asien und Europa sowie der ehemalige Präsident von Sambia, Kenneth Kaunda, die mehrmals an die UnabhängigkeitskämpferInnen gegen 500 Jahre (Neu-)Kolonialismus erinnerten. Viel Raum nahmen Themen wie EPAs („bilaterale wirtschaftliche Partnerschaftsabkommen“), Landverteilung, der Kampf gegen die Obdachlosigkeit und Migration ein.

Das Weltsozialforum entstand 2001 als Gegengipfel zum Weltwirtschaftsforum (WEF) in Davos, welches den Triumph des neoliberalen Kapitalismus festschreiben will. Das WSF steht in der Nachfolge der Proteste in Seattle 1999 gegen das Treffen der Welthandelsorganisation (WTO), das daraufhin abgebrochen werden musste. Die Konzeption des WSF als „Anti-Davos“ sollte dafür sorgen, den KritikerInnen der Zumutungen der ökonomischen Weltordnung eine deutlich vernehmbare Stimme zu verleihen. Der Umfang des Treffens hat seit 2001 beständig zugenommen. Anders als reine Protestveranstaltungen sind diese Treffen auf konstruktiven Protest, Selbstermächtigung und die solidarische Vernetzung der Kämpfe der Armen ausgerichtet.

Doch solche Erwartungen wurden dieses Jahr im *Kasarani Moi International Sports Centre*, einem grossen Fussballstadion, das für das WSF gemietet worden war, enttäuscht: Die größten Schlagzeilen machte der Protest der Armen aus dem nahe gelegenen (Mega-Slum) Kibera, die die Umzäunung des Stadions durchbrachen und niedrigere Eintritts- und Verpflegungspreise forderten.

Aus Protest gegen die Kommerzialisierung (die Handy-Firma *Celtel* trat überall sichtbar als Hauptsponsor auf und übernahm die Registrierung der TeilnehmerInnen) und die hohen Kosten, die den TeilnehmerInnen entstanden und für viele unbezahlbar waren, bildete sich in einem Park in der Nähe des Stadtzentrums ein *Peoples' Parliament*. Hier diskutierten SlumbewohnerInnen, Studierende, Erwerbslose, und Beschäftigte verschiedenster Herkunft miteinander. Auf einer der Versammlungen wurde eine Delegation gewählt, die mit der Organisationsleitung des WSF die strittigen Punkte verhandeln sollte. Da jene sich aber uneinsichtig zeigte, wurden am nächsten Morgen die Einlässe kurzzeitig gestürmt, wodurch etwa 200 Personen kostenlos Zutritt erhielten. Ein erneutes Treffen mit dem Organisationsleiter, Professor Oyugi endete ergebnislos und am anderen Tag wurde die nochmalige Besetzung der Einlässe durch Polizei- und Armeeeinheiten vereitelt. In Reaktion darauf blockierten Einige die Hauptzufahrtsstrasse, bis die Tore nach rund 30 Minuten wieder geöffnet wurden. Ein Protestzug begab sich anschließend zum Organi-

sationskomitee, um eine dauerhafte Lösung, kostenloses Wasser und günstigeres Essen durchzusetzen. Dies gelang teilweise, nachdem eine Pressekonferenz gestürmt worden war und die KenianerInnen freien Zugang zu den Diskussionen und Workshops erhielten. Als dann eine bekannte Tageszeitung meldete, dass dem unbeliebten kenianischen Minister für innere Sicherheit das teuerste Restaurant der Stadt gehört (noch dazu das einzig zentral gelegene auf dem WSF), wurde erneut eine Demonstration organisiert. Die Protestierenden besetzten anschließend das Hotel und verteilten reihenweise kostenloses Essen an Kinder.

Bemängelt wurden neben der Kommerzialisierung auch die mangelnde Thematisierung des Klimawandels und des

Schwerpunkten des Treffens in Nairobi zu verbinden und hierfür Gehör zu finden.“

(2) Andere sahen eine massive Unterrepräsentanz von Frauen, sowohl unter den TeilnehmerInnen als auch unter den Vorbereitenden. Der Prozess der Konferenz wird als männlich dominiert und zentralisiert beschrieben, was die Bevölkerungsstruktur in Kenia wieder spiegelt. Insgesamt seien Frauenbelange innerhalb der Tagung, wie auch in Ostafrika allgemein am Rande geblieben. Hoffnung in der „Frauenfrage“ weckt das zunehmende Bewusstsein der TeilnehmerInnen der Veranstaltung bezüglich dieser Problematik. In den vergangenen Jahren bildeten sich vor allem dank emanzipierter Frauen Sozialforen in Uganda, Tansania, Kenia, Äthiopien und Somalia. Auch innerhalb des diesjährigen Treffens musste *mann* sich hin und wieder Fragen gefallen lassen, wobei es durchaus

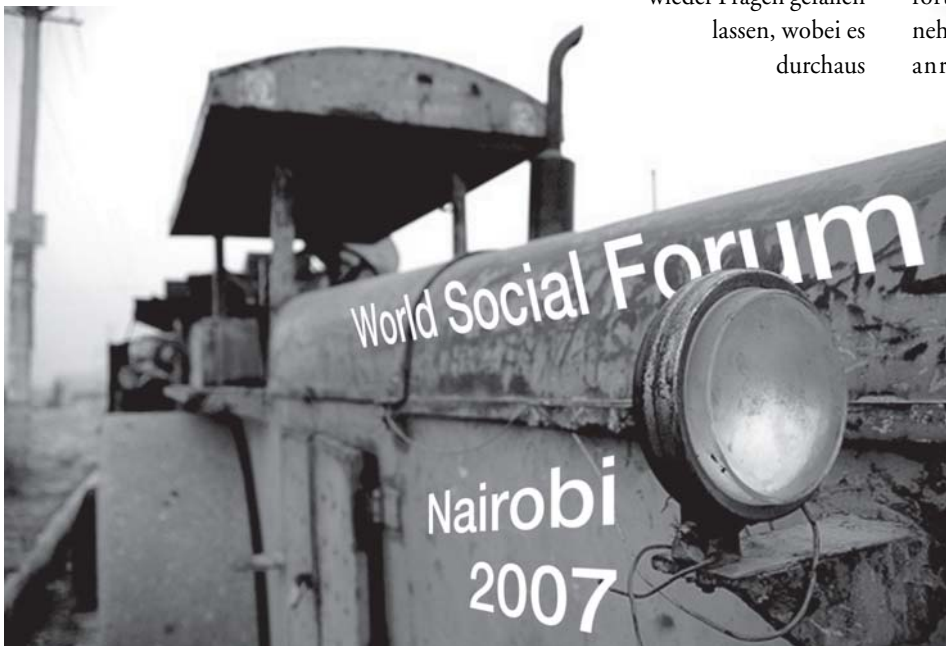
Männer gibt, die die Notwendigkeit des gemeinsamen gleichberechtigten Kampfes erkennen. (3)

Positiv hervorgehoben wurde von mehreren TeilnehmerInnen trotz aller Kritik vor allem die Funktion des WSF als „Marktplatz“ für Erfahrungsaustausch und Vernetzung. Wer wollte, konnte seine Kontakte international erweitern und ausbauen. Dies gelang insbesondere den Netzwerken gegen Wasserprivatisierung, Krieg und Militärbasen.

Die künftige Herausforderung für das Weltsozialforum wird es sein, seinen Platz in der Realität zu finden, sich klar zur Klasse der Armen und Arbeitenden zu positionieren und dabei die chaotische Verschiedenheit der Debatten zu bündeln und zu koordinieren.

In kompakter Form liest sich dies in der Charta des WSF so: „Das Weltsozialforum ist ein Prozess, der seine Teilnehmerorganisationen und -bewegungen anregt, ihre Tätigkeiten in die Zusammenhänge von lokalen bis nationalen Ebenen hinein zu stellen, und aktive Teilnahme im internationalen Kontext zu suchen, als Anliegen einer planetarischen Staatsbürgerschaft, und in die globale Agenda ihre Veränderung hervorbringenden Praktiken, mit denen sie experimentieren, eine neue Welt in Solidarität aufzubauen, einzubringen.“ (4)

hana



rasanten Wirtschaftswachstums von Staaten wie China, Indien und der Türkei.

An der Frage, ob Frauen ausreichend Raum auf dem Treffen in Nairobi eingeräumt wurde, schieden sich die Geister: So sprechen (z.B. Organisationen wie WEED und ATTAC) von einem sehr erfolgreichen Treffen und sind der Ansicht, dass die Fraueninitiativen besonders erfolgreich dabei gewesen seien „Gender-Themen mit den übrigen

* “The World Social Forum is about three things [...] about protesting, networking and proposing”.

www.weltsozialforum.org/2007/2007.wsf.1/2007.wsf.meldungen/news.wsf.2007.163/

(1) Die Quellen nennen Teilnehmerzahlen zwischen 20-50.000.

(2) Frank Kürschner-Pelkmann, WEED, www.weltsozialforum.org/2007/2007.wsf.1/2007.wsf.meldungen/news.wsf.2007.197/

(3) www.germany.indymedia.org/2007/01/166550.shtml

(4) www.weltsozialforum.org/prinzipien/index.html

Quellen:

<http://www.taz.de/pt/2007/01/20/a0191.1/text>, <http://www.germany.indymedia.org/2007/01/166550.shtml>

<http://www.weltsozialforum.org/2007/2007.wsf.1/2007.wsf.meldungen/index.html?Partition=1>

Grenzen und Weiten des G8-Protestes

Auftauchen zum Freistilschwimmen!



reclaim the media

International verbundene freie Radios, VideoaktivistInnen und andere Medieninteressierte rufen zur alternativen G8-Berichterstattung auf: Unkommerziell und emanzipatorisch, also auch kritisch, soll im Vorfeld und während der Protestzeit möglichst vielsprachig produziert und gesendet werden, sowohl von einem geplanten unabhängigen Medienzentrum in Rostock, als auch von mobilen Standorten aus. Trotz einiger Vorbehalte im Dissent-Spektrum gegenüber autorisierten PressesprecherInnen hat sich dort eine Arte Pressegruppe gebildet, die transparent und offen arbeiten will, indem sie Infrastruktur und Hilfestellungen liefert. Das Sammeln, Strukturieren, Prüfen und Zugänglichmachen von Informationen über laufende Aktionen wird ihrer Ansicht nach gerade notwendig sein, wie auch die Teilnahme an Pressekonferenzen, um überhaupt wahrgenommen zu werden.

Weitere Infos und Unterstützungsmöglichkeiten gibt's z.B. bei:

www.dissentnetzwerk.org.

clara

Seit über einem Jahr laufen nun schon Initiativen, Bündnisbildungen und angestrenzte Wochenenden, um sich beim diesjährigen Treffen der acht selbst ernannten mächtigsten Länder der Welt im Ostseebadeort Heiligendamm vom 6. bis 8. Juni globalisierungskritisch zu äußern. Gründe dafür gibt es wie Sand am Meer. Aber wo kann ich mich dann an Protest und Widerstand beteiligen? Grobe Schätzungen über die Zahl der MitarbeiterInnen am Gipfel, am Protest und an der polizeilichen Absicherung bewegen sich jeweils im 10 000er Bereich. Zunächst einmal muss also geklärt werden, wo ich nicht mitmachen will. Wenn z.B. die Rede von „gierigen Kapitalisten“ und „jüdischer Weltherrschaft“ ist oder nationalistische Argumentationen fallen. Die GlobalisierungsgegnerInnen von NPD und „Kameradschaften“ wollen am Samstag vor dem Gipfel in Schwerin marschieren, während in Rostock eine Großdemonstration aller GlobalisierungskritikerInnen stattfindet. Aber auch bei anbiedernden Forderungen und Verbesserungsvorschlägen durch einige NGO's wird im Trüben gefischt, weil auf die Art „ganz friedlich und seriös“ zum Ansehen der nicht demokratisch legitimierten „Gruppe der Acht“ beigetragen wird, für die Pseudo-Schuldenerlässe und ähnliches Blendwerk inzwischen zum Programm gehören, wie das gemeinsame Abschlussphoto.

Initiativen und Aktionen

Empfehlenswert sind frühzeitig gebildete „Bezugsgruppen“, die gemeinsam campen und koordiniert an Entscheidungen und Aktionen teilnehmen können. Auch in Sachsen und Leipzig gibt es inzwischen eine breite Anti-G8-Vernetzung (g8-leipzig@gmx.de, siehe Termine). Für den notwendigen Widerstand wird es neben juristischen, medizinischen und psychologischen auch Anlaufstellen für weit gereiste und rückzugsbedürftige AktivistInnen in Form von Convergence-Centern in Rostock, Hamburg und Berlin (als ganze „Convergence-Zone“) sowie einen Grenzpunkt in Dresden geben. **Block G8** – Unter breiter Beteiligung, Respektierung individueller Grenzen und transparenten Entscheidungsstrukturen (dazu gibt es kontroverse Äußerungen) sollen Massenblockaden als kalkulierbare Situationen organisiert werden, die symbolisch und praktisch wirksam sind, indem sie etwa das Gipfelhotel infrastrukturell isolieren. Beteiligt an den Planungen sind bisher viele größere linke Gruppen, die ihrerseits viel Erfahrung aus Castor-Protesten, Nazi-Blockaden und Gipfelprotesten mitbringen. Außerdem ruft die P.A.U.L.A. „(überregionales Plenum - antiautoritär - unversöhnlich - libertär - autonom“) zu dezentralen Blockadeaktionen um die „Rote Zone“ auf. Zu den **antimilitaristischen Aktivitäten** siehe S.8. Gentechnik, Supermarktketten und anderes steht am **Aktionstag Landwirtschaft (3.Juni)** auf dem Programm. Von migrationspolitischen und anderen Gruppen werden **Karawanen** vorbereitet, die (auch mit dem Fahrrad von Budapest und Brügge) an Asyl-Lagern und Atomkraftwerken Station machen werden, um spätestens **am 2.Juni zur Großdemonstration in Rostock** anzukommen. Für die meisten MigrantInnen ist politische Betätigung schwer leistbar bzw. verboten, weswegen ein kraftvoller gemeinsamer Auftritt sehr wichtig ist. Ein **migrationspolitischer Aktionstag** am 4. Juni wird weitere Interventionen ermöglichen. Auch kreative Protestformen wie z.B. die **Clowns-Armee** sind dabei, neben dem Grönemeyer-Konzert am 07.06. wird hoffentlich noch mehr künstlerische Ausdruck möglich sein.

samba gegen G8

wer hat lust eine "politische" sambagruppe, besonders (aber nicht nur) zur unterstützung der g8-gipfel-proteste anfang juni in heiligendamm, mit zu gründen oder mit instrumentellen sachspenden zu unterstützen? wenn mindestens 10-15 leute (am besten mehr!) interesse bekunden, kann ein workshop mit "erfahrenen" menschen (ende märz oder auf dem buko) organisiert werden!

meldet euch bei: sambariot@gmx.net

Frühlingsfahrplan

- 14.03. Auftaktveranstaltung des Leipziger G8-Bündnisses im Rahmen der Globale Leipzig, UT Connewitz, 20 Uhr.
- 19.03. Die Macht ist mit uns - G8 Versenken! Gäste und Filme stellen Aktionsmöglichkeiten vor. Cinémathèque Leipzig in der NaTo, 20 Uhr.
- 06.-09.04. BUKO in Leipzig, siehe S.9
- 13.-15.04. 3.Rostock-Konferenz, www.heiligendamm2007.de
- 20.-22.04. Move-against-G8-Festival in Berlin.

Das Private ist das Politische

AnarchaFeminismus gestern und heute

„Ich glaube, Männer müssen zumeist erst lernen, Anarchisten zu sein. Frauen brauchen das nicht zu lernen.“ (Ursula K. LeGuin, feministische Science-Fiction-Autorin, 1981.)

Im deutschsprachigen Raum wurde der Begriff AnarchaFeminismus Ende der 70er Jahre durch Übersetzungen der radikalfeministischen US- Amerikanerinnen Peggy Kornegger und Carol Ehrlich bekannt (1). Für Radikalfeministinnen liegt im Patriarchat die Wurzel aller Zwangsverhältnisse. Kornegger und Ehrlich umrahmten ihren Ansatz mit der Theorie des kommunistischen Anarchismus im Sinne Alexander Kropotkins. Diese liefert eine umfassende Kritik der gesellschaftlichen Herrschaftsverhältnisse und ein klares Verständnis von Hierarchie und Autorität. Der radikale Feminismus seinerseits hat den Zusammenhang aller Arten von Unterdrückung erkannt und zwingt die männlichen Teile der Bewegung zu einer kritischen Reflektion ihres Rollenverständnisses. Der von Emma Goldman geprägte Grundsatz „das Private ist das Politische“ (2), sowie die Bevorzugung von nicht hierarchischen Beziehungen und dem Arbeiten in Kleinstgruppen, sind beide Ansätze verpflichtet. Stellenweise entsprechen bzw. ergänzen sich also Anarchismus und radikaler Feminismus. Für viele Feministinnen galt aber ausschließlich der Sexismus als Wurzel der Unterdrückung und so sind und waren die Handlungskonsequenzen alles andere als anarchistisch, wie mensch zum Beispiel an der weit verbreiteten Matriarchatstheorie innerhalb der feministischen Bewegung sehen kann. Für den AnarchaFeminismus kann die Beendigung des Patriarchats nur ein Ziel im Kampf um Herrschaftsfreiheit sein.

Frühe Wurzeln

Mit der Entstehung der anarchistischen Bewegung in den 60er und 70er Jahren des 19. Jahrhunderts wendeten sich auch viele Frauen den neuen Ideen und Idealen zu. Die Mehrzahl der anarchistischen Männer waren Antifeministen und standen der traditionellen Rollenver-

teilung völlig unkritisch gegenüber. Die anarchistischen Frauen machten daher auf die Bedeutung des Feminismus innerhalb der anarchistischen Theorie aufmerksam. Besonders hervorzuheben ist dabei Louise Michel, die führende Feministin und Sozial-Revolutionärin zur Zeit der Pariser Kommune (3) und die damals wohl populärste Wortführerin des anarchistischen Sozialismus. Im bewaffneten Kampf um die Kommune zeigte sich ihr deutlich, dass die Frauen in Sachen Mut, Entschlossenheit und Fähigkeiten ihren männlichen Mitstreitern in nichts nachstanden. Dies bestätigte sie in ihrer Ansicht, dass die Frau nicht von Natur aus dem Manne unterworfen ist, sondern bereits in der Kindheit zur Unterwürfigkeit erzogen wird. Deshalb gründete sie auch mehrere autonome selbstverwaltete Schulen. Trotzdem blieb der Kampf der Frauen innerhalb der anarchistischen Bewegung von untergeordneter Priorität, da er sich mit der Ablösung des bürgerlich-kapitalistischen Systems, nach ihrer Überzeugung, von selbst erledigen würde.

Emma Goldman

Emma Goldman (1869-1940) versuchte in ihrem Leben ihren Grundsatz „Das Private ist das Politische“ konsequent umzusetzen. So verzichtete sie aus Protest gegen die herrschenden Rollenvorstellungen auf die Möglichkeit Kinder zu bekommen, indem sie eine notwendige medizinische Behandlung unterließ. Diese Konsequenz, die ihre politischen Positionen begleitete, stieß bei fast allen männlichen Mitstreitern und sogar in der feministischen Bewegung auf Befremdung. In ihrem Werk entwickelte sie revolutionäre Vorstellungen zur Geschlechterrollenzuweisung und freier Liebe. Leider war es ihr unmöglich, die alternativen Rollenmuster zu leben, die sie in ihrer Utopie entwickelte, da diese sogar von den anarchistischen Männern in ihrem direk-

ten Umfeld abgelehnt wurden. In ihrer Schrift „Das Tragische an der Emanzipation der Frau“ (1911) kritisiert Goldman die damalige Emanzipationsbewegung. Für diese Bewegung war der Kampf um Gleichberechtigung, ein Kampf um eine Gleichmachung von Frau und Mann. Dessen Ziel war es, die Frau dem Mann politisch und ökonomisch anzugleichen; der Mann wurde dabei vor allem als ein Konkurrent gesehen. (4)

Doch am Wesen der Politik und dem Kampf um Macht änderte sich schon damals auch mit Beteiligung der Frauen nichts. Im ökonomischen Bereich waren die Frauen ihren männlichen Kollegen oft körperlich unterlegen und mussten sich physisch verausgaben, um gleiche Leistungen zu erreichen. Auch das Vertrauen in die Fähigkeiten der Frauen und ihre Bezahlung lagen weit unter denen der Männer. Außerdem musste sich die Frau oft auch zusätzlich mit den Pflichten im Haushalt und der Kindererziehung auseinandersetzen. So war es für viele arbeitende Mädchen sogar angenehm, in die Ehe zu flüchten und sich ausschließlich der Heimarbeit zu widmen. Die Frauen, die sich ausschließlich auf einen Beruf konzentrierten und sogar eine hohe Stellung erreicht hatten, opferten dafür ihr Gefühls- und Liebesleben. Die Medien ihrer Zeit entwarfen von der emanzipierten Frau ein moralisch anrüchiges Bild „...Emanzipation war ein Synonym für leichtsinniges Leben voller Lust und Sünde, ohne Rücksicht auf Gesellschaft, Religion und Moral.“ (5) Die Frauenrechtlerinnen taten darum alles, um diesem Bild nicht zu entsprechen und legten sich selbst neue Fesseln an. Der Mann wurde generell abgelehnt und nur notwendigerweise als Vater ihrer Kinder akzeptiert.

Nach Goldman unterdrückten sie damit ihr Innerstes, das sich nach Liebe sehne, anstatt gegen diese spießbürgerlichen Moralvorstellungen zu kämpfen. Der Kampf für eine freie Gesellschaft könne nur zusammen mit den Männern geführt werden und sei ohne das Ziel der Befreiung beider Geschlechter nicht möglich.

Neuere Theorien

Auf der Suche nach einer anarchistischen Theorie, die den Rahmen für eine Analyse der gesellschaftlichen Bedingungen und deren Veränderung darstellt, stieß die anfangs erwähnte Carol Ehrlich auf den Situationismus.

Für die Situationisten leben wir alle in einem "Welttheater", in dem wir als passive Zuschauer teilnehmen. (6) Hierbei interessierte sie sich vor allem für die auch auf zwischenmenschliche Beziehungen ausgedehnten Begriffe *Ware* und *Schauspiel*, die sich besonders treffend auf das Leben der Frauen beziehen ließen: In der Warenwirtschaft treten Frauen sowohl in der Rolle der Konsumentinnen als auch in der Rolle der Konsumierten auf. Sie werden zu sexuellen Objekten, die von Männern konsumiert werden können oder zu "Supermüttern", die sich selbstlos und aufopferungsvoll von ihren Kindern konsumieren lassen. Ehrlich meint, dass wir in ein Leben hineingeboren werden, in dem wir nur passive Zuschauer sind. Rebellisches Verhalten gegen das Schauspiel der Gesellschaft könne als eine Art Sicherungsventil angesehen werden und stelle meistens nur das Gegenteil des erwarteten Verhaltens dar. Eine Frau, die viele Affären hat und sich so der vorherrschenden Moral widersetzt, kann sicherlich bei den Konservativen für Aufruhr sorgen, wird aber nicht eine Veränderung der Gesellschaft ermöglichen. Das Schauspiel ist nur zu zerstören, indem mensch es durchschaut und greifbar macht.

Der *soziale Ökofeminismus* von Janet Biehl (1991) stellt wohl den umfassendsten Ansatz des AnarchaFeminismus dar und bezieht sich u.a. auf Ynestra King. Diese ging davon aus, dass die Frauen aufgrund ihrer weiblichen Werte und feinfühligem Moral besonders geeignet sind, das bedrohte Leben auf der Erde zu retten. Für Biehl lenkt jedoch die Gleichsetzung von Natur und



Frau davon ab, dass die "typischen" Eigenschaften der Geschlechter kulturell produziert sind, und somit auf einem patriarchalen Konstrukt basieren. Sie propagiert eine "Ethik des Sorgens" als Verantwortung gegenüber der Natur und die "Ethik des Rechts", also eine Besinnung auf Gerechtigkeit und Menschenrechte. Auch sie fordert die Aufhebung der Trennung vom Privaten und Politischen, sodass beide Geschlechter die Möglichkeit zur freien Entfaltung haben. (7) Dies solle mit Hilfe des *libertären Kommunalismus*

Murray Bookchins geschehen: *„Der soziale Ökofeminismus strebt nichts anderes an, als die Abschaffung von Kapitalismus und Nationalstaat und die Restrukturierung der Gesellschaft auf eine dezentralisierte, gemeinschaftliche Weise, so dass für alle ein ausgefülltes öffentliches und privates Leben möglich wird.“* (8) Bookchin führt aus, dass die urbanen Gebiete an die spezifischen Ökosysteme angepasst werden müssen um die Voraussetzung für Ökogemeinschaften zu bieten. Moderne Technik, sogenannte Ökotechnologie, muss eingesetzt werden, um in einem gehaltvollen Maß mit und von der natürlichen Umwelt zu leben. Damit bereichert der soziale Ökofeminismus den AnarchaFeminismus um eine ökologische Komponente und bietet durch den ökologischen Anarchismus Bookchins eine konkrete Alternative.



Gender-trouble

„Sex meint das biologische Geschlecht, gender das soziale oder kulturelle Geschlecht, also die in einer Kultur mit dem biologischen Geschlecht verknüpften Erwartungen und Handlungsmöglichkeiten.“ (9) Hierbei soll deutlich werden, dass Geschlechterrollen nicht auf biologischen Ursachen basieren, sondern dass sie soziale Konstrukte sind. Wenn dies erkannt ist, kann mensch diese

Konstrukte auch dekonstruieren und sich und sein/ihr Leben je nach Bedürfnissen und Fähigkeiten individuell gestalten.

Für Jürgen Mümken kommt dabei die Debatte um die Dekonstruktion von Geschlecht und die Zweigeschlechtlichkeit der Gesellschaft zu kurz. Er versteht seinen Text "Gender trouble im Anarchismus und Anarchafeminismus?" (10) als Ergänzung zum allgemeinen anarchistischen gender-Diskurs. Für Mümken sind dabei die Gleichheits- und die Differenztheorie zentral: GleichheitstheoretikerInnen behalten die binäre Ordnung Mann und Frau bei, jedoch keineswegs die unterschiedlichen Rollenerwartungen. Die DifferenztheoretikerInnen gehen hingegen davon aus, dass auch das soziale Geschlecht biologischen Ursprungs ist. Für sie gibt es ein typisches Frau-Sein, dass vom Patriarchat unterdrückt wird. Für Mümken wird in beiden Theorien der Dualismus Kultur-Natur und das Konzept einer natürlichen sexuellen Differenz übernommen, wodurch *„die naturalisierende, biologische Konzeption von der Kategorie Geschlecht nicht aufgehoben sondern lediglich in sex verlagert wird.“* (11) Historische Forschungen haben aber bewiesen, dass die gegenwärtigen Geschlechtskörper und die binäre Ordnung der Geschlechter das Ergebnis historischer Prozesse sind. So wurde der bürgerliche Mann erst durch die Entwicklung einer weiblichen Sonderanthropologie im 18. Jh. konstruiert.

Für Judith Butler ist der Körper eine *„kulturelle Situation“* und als *„Ort kultureller Interpretation ist der Körper eine materielle Realität.“* Der Mensch kann aus bestimmten Geschlechternormen und Körperstilen wählen, auf welche Art er/sie seinen/ihren Körper annimmt und "trägt". Die Normenspielflächen werden dabei von regulativen Diskursen festgelegt, die gegebene Machtverhältnisse innerhalb der Gesellschaft widerspiegeln. Jede *„Rede von Natur dient vor allem dazu, jene Zwänge, Disziplinierungstechniken und Diskursstrategien unkenntlich zu machen, die die alternativlose Unterwerfung unter das Zweigeschlechtermodell in jeder konkreten Subjektwerdung neu erzwingt.“* (12)

Schön und gut...

Durch die Dekonstruktion von *sex* als natürlich gegebener Tatsache würde auch die Einteilung in homo- oder heterosexuell ihre Basis verlieren und somit Raum für weitere Formen von zwischenmenschlichem Sich-aufeinander-beziehen geschaffen werden.

Anhand der oben beschriebenen Ansätze und Ausführungen wird klar, dass,- im Gegensatz zu den älteren anarchafeministischen Theorien,- mit dem Festhalten an einem natürlich gegebenen Geschlecht gebrochen werden muss. Es kann jedoch nicht reichen, nur die patriarchal festgelegten Zuschreibungen zu kritisieren, um Patriarchat und Zwangsheterosexualität zu überwinden. Carol Ehrlich plädiert z.B. für eine Praxis der direkten Aktion; in subversiven Aktionen soll der Alltag neu erfunden, für Aufsehen gesorgt und provoziert werden: „Die AkteurInnen müssen sich der entfremdenden Wirkung des kapitalistischen Medienmarktes bewusst sein, der sie zu ZuschauerInnen ihrer selbst werden lässt.“ (13) Frauen könnten dies am Besten, in dem sie entgegen ihrer Rollenerwartungen und Geschlechterzuweisungen handeln und so die gängigen Klischees brechen. Wichtige Ziele, wie die Zerstörung von Machtverhältnissen und Unterdrückungsmechanismen, die Kontrolle über den eigenen Körper, die Entwicklung von Alternativen zur Kleinfamilie und Heterosexualität, eine gleichberechtigte Kinderbetreuung, ökonomische Unabhängigkeit, die Abschaffung repressiver Gesetze, geschlechtsabhängige

Rollenzuweisungen in der Familie, den Medien und am Arbeitsplatz und die Überwindung von Beziehungen mit emotionaler Zwangsabhängigkeit werden nur erreicht, wenn Menschen bereit sind, sich ihr anerzogenes bzw. ansozialisiertes Verhalten bewusst zu machen und die Möglichkeit und Notwendigkeit dieser Handlungsmöglichkeiten erkennen. Dies ist ein, wie ich denke, langwieriger, überwiegend individueller und oft schwieriger Weg, der häufig an seine praktischen Grenzen stößt und innere und äußere Konflikte provoziert, da Rollenvorstellungen und Machtverhältnisse tief verwurzelte gesamtgesellschaftliche Konstrukte darstellen. Die Hinterfragung und Auflösung eigener und gesellschaftlicher Kategorien kann sehr befreiend aber auch sehr verunsichernd auf den/die EinzelneN wirken, da Geschlecht und Sexualität stark auf die Identitätsbildung einwirken. Deshalb sehe ich es für den/die EinzelneN als hilfreich, sich innerhalb des vertrauten privaten Umfeldes auszutauschen und über die inneren Konflikte und Widersprüche bezüglich Rollenerwartungen, Rollenvorstellungen, eigenen Rollenbildern, sexuellen Interessen, Machtverhältnissen oder Dominanzen zu diskutieren und zu reflektieren.

Literaturempfehlung:

Lohschelder, Silke u.a.: „AnarchaFeminismus“. Unrast Verlag, Münster 2000.
Kornegger, Peggy; Ehrlich, Carol: „Anarcha-Feminismus“. Berlin 1979.

Aktuelle Bewegung:

www.anarchismus.de/frauen/a-fem-treffen.htm
www.anarchismus.at/txt3/anarchafemibroschuere.htm
www.postanarchismus.net/texte/gender_trouble.htm

Dies könnte zumindest ein praktischer Weg sein, um sich des täglichen Schauspiels bewusst zu werden und so vom/von der passiven ZuschauerIn seiner/ihrer festgelegten Rollen, zur aktiven Selbstbestimmung und Ausgestaltung ebendieser zu gelangen. Meiner Meinung nach wird die komplette Auflösung von Geschlecht und den dazugehörigen Zuweisungen und Rollenerwartungen erst in einer, gegenwärtig als Utopie zu bezeichnenden, befreiten Gesellschaft möglich sein. Nichtsdestotrotz halte ich es für sinnvoll, durch zum Beispiel Carol Ehrlichs Vorschlag der subversiven Aktion, am vorherrschenden Bewusstsein zu rütteln und es so öffentlich kritisch zu hinterfragen und gleichzeitig noch ein bisschen Spaß zu haben...!

Qkuck

- (1) Kornegger, Peggy; Ehrlich, Carol: „Anarcha-Feminismus“. Berlin 1979
- (2) Goldman, Emma: „Gelebtes Leben“. Karin Kramer Verlag, Berlin 1978-1980
- (3) Anm.: Als *Pariser Kommune* wird der Pariser Stadtrat von 18. März 1871 bis 28. Mai 1871 bezeichnet, der gegen den Willen der Regierung versuchte, Paris nach sozialistischen Vorstellungen zu verwalten. Die Pariser Kommune gilt als Vorbild für die Räte-demokratie.
- (4) Goldman, Emma: „Frauen in der Revolution“. Bd.2, Berlin 1977
- (5) Emma Goldman: *Das tragische an der Emanzipation der Frau*, 1911, Seite 19
- (6) Guy Debord: *Die Gesellschaft des Spektakels*, Edition Tiamat, Berlin 1996
- (7) Biehl, Janet: „Der Soziale Ökofeminismus und andere Aufsätze“. Grafenau 1991
- (8) Bookchin, Murray: „Natur und Bewusstsein“. Winddruck Verlag 1982
- (9) Lohschelder, Silke u.a.: „AnarchaFeminismus“. Unrast Verlag, Münster 2000, S. 151
- (10) Mümken, Jürgen: Gender trouble in Anarchismus und Anarchafeminismus? www.postanarchismus.net/texte/gender_trouble.htm
- (11) Mümken, Seite 2
- (12) Hauskeller, Christine: „Das paradoxe Geschlecht. Unterwerfung und Widerstand bei Judith Butler und Michel Foucault“. Tübingen 2000, Seite 59
- (13) Kornegger/Ehrlich (Berlin 1979), Seite 98



...Fortsetzung von Seite 1:

Der lange Weg in die Autonomie

Überregional organisieren sich die Zapatistas über fünf zentrale Versammlungsorte, sog. *Caracoles* (2), die untereinander weitgehend unabhängig sind und denen die jeweils umliegenden

Municipios



„Was verstehst du unter Zapatismus?“ *

zugeordnet wurden.

Die *Caracoles* fungieren in erster

Linie als Kommunikations- und

Logistikzentren, in denen sich neben

den großen Versammlungsstätten auch Läden, Werk-

stätten, Kultureinrichtungen und vereinzelt auch weiterführende Schulen und Hospitäler befinden. Sie dienen als Anlaufstelle für jene, die Kontakt mit den Zapatistas aufnehmen wollen. Hier finden auch die Treffen mit der nationalen und internationalen Zivilgesellschaft (3) statt. Das entscheidende Merkmal der zapatistischen Selbstverwaltung ist der Grundsatz, dass die Entscheidungsmacht über die Gestaltung des Zusammenlebens bei den Gemeinden liegt, die alle Belange in Vollversammlungen diskutieren und im Konsens beschließen. Dies gilt ebenfalls für Entscheidungen, die das militärische und politische Vorgehen der Guerilla betreffen. Die EZLN sieht sich ihrer Basis verpflichtet und handelt nicht, ohne vorher Absprachen mit ihr zu treffen.

Die gewählten Vertreter_Innen werden als Verantwortliche für die politischen Ämter in den Landkreisen und *Caracoles* entsandt, wo sie nach dem Grundprinzip des „gehorchenden Regierens“ jederzeit wieder von ihren Aufgaben enthoben werden können, sofern diese nicht nach den Beschlüssen ihrer Gemeinde handeln. Ein weiteres entscheidendes Merkmal ist die ständige Rotation der Verantwortlichen zwischen den einzelnen Ämtern. Je nach Gebiet haben somit die jeweiligen Entsandten nur wenige Wochen einen

Aufgabenbereich inne. Dies soll zum einen einen wirksamen Schutz gegen Korruption und Amtsmissbrauch bieten, zum anderen aber auch möglichst vielen Menschen die Möglichkeit geben, selbst an den Verwaltungsaufgaben teilzuhaben, die als Multiplikatoren ihre Erfahrungen in die Gemeinden zurück tragen und somit ein breites Verständnis für die Anforderungen der Selbstverwaltung in der Bevölkerung erzeugen.

Diese Art der Politikgestaltung ist natürlich sehr zeitintensiv und verlangt von den Zapatistas sehr viel Geduld. Gerade dieser Aspekt spiegelt aber auch den Anspruch des zapatistischen Politikverständnisses wieder, „im Tempo des Langsamsten zu gehen“, um auch alle, die es wollen, am Aufbau alternativer Formen des Zusammenlebens zu beteiligen. Gemäß dieses Prinzips und dem des *Preguntando caminamos* („fragend gehen wir voran“) probieren die Zapatistas ihre Vorstellungen von Autonomie immer wieder neu aus und modifizieren ihr Konzept nach aufgetretenen Schwierigkeiten in der praktischen Umsetzung. Das hat auch zur Folge, dass die Unterschiede zwischen den einzelnen Gemeinden zum Teil erheblich sind und generalisierende Aussagen über das Leben dort kaum getroffen werden können. Jede Dorfgemeinschaft lebt die Autonomie auf ihre eigene Art, wobei die verschiedenen indigenen Traditionen eine entscheidende Rolle spielen. Auch dieser Umstand bildet einen grundlegenden Konsens im Autonomiekonzept der Zapatistas. Das erklärte Ziel „eine Welt“ aufzubauen, „in der viele Welten ihren Platz haben“, beinhaltet gerade eben den Versuch, eine Vielzahl von möglichen Lebensformen nebeneinander existieren zu lassen, ohne sich gegenseitig auszuschließen. Eben darin unterscheidet sich der zapatistische Autonomieanspruch von dem homogenisierenden Konzept des modernen kapitalistischen Staates, in dem das Individuum unabhängig von seiner kulturellen Identität (bspw. als Angehörige_R einer indigenen Kultur) als bloßes Wirtschaftssubjekt (bspw. als Kleinbauer/

Kleinbäuerin) oder potenzielle Wähler_In verstanden wird. Darüber hinaus stößt dieser Anspruch in der Selbstbetrachtung aber gleichzeitig auch an eigene traditionsbestimmte Ungleichgewichte sozialer Machtverhältnisse, die einer kritischen Reflexion unterzogen werden. Das betrifft an dieser Stelle insbesondere das Rollenverständnis von Mann und Frau. So wurde bereits ein Jahr vor dem Aufstand der Zapatistas in den Gemeinden das als ‚Revolution in der Revolution‘ bekannte gewordene „Revolutionäre Frauengesetz“ (4) verabschiedet.

Leben im Süden Mexikos

Die meisten der zapatistischen Gemeinden wurden im Zuge der Landbesetzung nach 1994 gegründet und befinden sich auf Gebieten ehemaliger Großgrundbesitzer_Innen, die teilweise vertrieben wurden oder freiwillig ihr Land aufgaben.

Einige der Gemeindeländereien wurden mittlerweile durch den Kauf des Landes legalisiert, was allerdings nur wenigen der zapatistischen Gemeinden möglich ist. Der Großteil lebt währenddessen nach wie vor mit einer kaum abschätzbaren Bedrohungslage der Landvertreibung. Im Rahmen des staatlichen Programms zur „Aufstandsbekämpfung“ zielt die Schaffung eines permanenten Zustandes der Angst und Unsicherheit in erster Linie auf die Zermürbung und Spaltung der zivilen Basis der EZLN und ist in vielen Fällen bereits auch geglückt. In Chiapas sind derzeit ca. 60 000 Soldaten in 118 Camps (davon 57 direkt auf Gemeindeländ der Indigenen und Bauern) (5) stationiert, so dass die Bevölkerung selbst in den entlegensten Winkeln des Landes



„Mmh, zum einen Autonomie, zum anderen viel, viel Geduld!“ *



einer ständigen Repression durch die Anwesenheit des Militärs ausgesetzt ist. Zur staatlichen Strategie des *Krieges Niederer Intensität* (6) gehört zudem die Landvergabe und Ansiedlung regierungstreuer Bauern (sog. *Priistas* – abgeleitet von ihrer Unterstützung der Staatspartei PRI), die proportional überdurchschnittliche staatliche Zuwendungen erfahren und somit den sozialen und ökonomischen Druck auf die zapatistischen Familien erhöhen. Gleichzeitig stellen diese in vielen Fällen auch die Basis für paramilitärische Organisationen. Die Duldung und Unterstützung paramilitärischer Gruppen durch die politische und wirtschaftliche Elite des Landes zielt vor allem auf die Verschleierung der staatlichen Verantwortung für Übergriffe auf zapatistische Gemeinden, indem der Konflikt in Chiapas in der Öffentlichkeit als Problem zwischen unterschiedlichen indigenen Gemeinden oder Gruppen dargestellt wird. Trotz dieses Umstandes hat sich die Lage der zapatistischen Kleinbauern in den letzten 13 Jahren vielerorts sichtbar verbessert, vor allem im Hinblick auf die Nahrungsmittelversorgung, die neben der Selbstversorgung durch die vielen unterschiedlichen Kooperativen für Kaffee, Kunsthandwerk und andere Agrarprodukte erreicht wurde. Ein zapatistischer Dorfbewohner kommentierte dies mit Blick auf die dicken Bäuche der Männer in seiner Gemeinde. Allgemein sollte das aber nicht darüber hinwegtäuschen, dass das Leben der *Campesin@s* nach wie vor

von absoluter Armut geprägt ist. Noch heute sind die häufigsten Todesursachen leicht heilbare Krankheiten, zu einem Großteil hervorgerufen durch die meist fehlende Trinkwasser- und Abwasserversorgung sowie die Bereitstellung öffentlicher Basisdienste (7).

Der Konstruktion eines regierungsunabhängigen Gesundheits- und Bildungssystems kommt daher im Kampf um die Autonomie eine besondere Bedeutung zu. In fast jeder Gemeinde wird über die Er-

nennung von *Promotoren* (als eine Art Beauftragte) für den Schulbereich und die medizinische Versorgung eine schrittweise Verbesserung der Lebensbedingungen angestrebt. Zum einen bietet dies die Gelegenheit, traditionelles und auf die Region abgestimmtes Wissen, das teilweise bereits verlorengegangen schien, wieder zu beleben und auch weiterhin zu nutzen. Zum anderen dient gerade das staatliche Gesundheits- und Bildungswesen immer wieder zur massiven Einflussnahme und rassistischen Unterdrückung der indigenen Bevölkerungsschichten (so z.B. zur Zwangssterilisation indigener Frauen oder dem "Verlorengehen" der Mayasprachen durch ausschließlich in spanischer Sprache geführten Unterricht).

bitte umblättern...

Menschenrechtsarbeit in Chiapas

Im Sommer des letzten Jahres war ich über vier Monate als Menschenrechtsbeobachterin in verschiedenen zapatistischen Gemeinden unterwegs. Vorbereitet wurde ich auf die Arbeit bereits in Deutschland über den gemeinnützigen Verein CAREA e.V. in Berlin. Zusammen mit anderen internationalen Beobachter_Innen arbeitete ich für das Menschenrechtszentrum *Fray Bartólome de las Casas* in San Christobal, der zweitgrößten Stadt in Chiapas. Von dort aus wurden wir jeweils für zwei Wochen in unterschiedliche Dörfer entsandt, um eventuelle Menschenrechtsverletzungen und die derzeitige Militärbewegung zu dokumentieren.

Die Arbeit als Menschenrechtsbeobachter_In besteht vorwiegend darin, eine kritische Öffentlichkeit für die Geschehnisse in Chiapas herzustellen, indem sowohl vor Ort als auch im Herkunftsland über die zapatistische Bewegung berichtet wird und Menschenrechtsverletzungen angezeigt werden, um damit Druck auf die Politik der staatlichen Regierungen auszuüben. Beobachter_Innen werden dabei nur in Gemeinden entsandt, die sich im Vorfeld mit der Bitte um Unterstützung an das Menschenrechtszentrum gewandt haben. Durch die Anwesenheit von Beobachter_Innen sollen vor allem die bereits bestehen-

den Freiräume erhalten und auch neue geschaffen werden. Aufgrund der anhaltenden staatlichen und paramilitärischen Repression, wie die jüngsten Vorfälle der Räumung der chiapanischen Gemeinden *Chol de Tumbalá* und *Busiljá* im Jahr 2006, bleibt dies leider auch weiterhin notwendig.

Die Menschenrechtsbeobachtung stößt allerdings auch an ihre Grenzen, wenn wie in Städten anderer mexikanischer Bundesländer internationale Beobachter_Innen als „radikale“ Aktivist_Innen kriminalisiert werden und somit in den direkten Konflikt mit dem mexikanischen Staatsapparat geraten. In San Salvador Atenco waren Ausländer_Innen ebenfalls wie viele andere politische Gefangene der Folter und sexuellen Gewalt ausgesetzt. In Oaxaca kam es im Zuge der Vorbereitung einer Großdemonstration Ende des letzten Jahres ebenso zur gezielten Suche nach Ausländer_Innen. Für weitere Informationen zu den aktuellen Geschehnissen in Oaxaca siehe auch den Beitrag [...] in diesem Heft...

Mehr Informationen zur Menschenrechtsarbeit in Chiapas und wie du selbst aktiv werden kannst, erhältst du unter www.buko.info/carea



Alles für alle- Nichts für uns
autonomer rebellischer zapatistischer Landkreis
Rat der Guten Regierung
Mitte des Herzens der

Weiter Informationen zum Kampf der Zapatistas und Möglichkeiten zur Arbeit als Menschenrechtsbeobachter_In auf Deutsch und Spanisch findest du unter:
www.chiapas.ch
www.chiapas98.de
www.gruppe-basta.de
www.frayba.org.mx
www.sipaz.org
www.cafe-libertad.de

Widerständige Praxis zwischen Alltag und revolutionärer Utopie?

Auf dem Weg in die kulturelle Selbstbestimmung stehen die Zapatistas dabei auch weiterhin erst am Beginn eines langen, aber notwendigen Prozesses, was ihnen auch sehr bewusst ist. Autonomie kann dabei in vielen Fällen aber gerade nicht mit Autarkie gleichgesetzt werden. Nach wie vor sind gerade die Projekte zur grundlegenden Verbesserung der allgemeinen Lebenssituation nicht ohne die Unterstützung von aussen realisierbar. Dies betrifft beispielsweise die technische und finanzielle Abhängigkeit der zapatistischen Campesin@s von solidarischen Organisationen und Einzelpersonen aus dem In- und Ausland beim Aufbau einer unabhängigen Trinkwasser- und Stromversorgung, wie auch die Notwendigkeit einer weiterhin breiten, weltweiten Öffentlichkeit, die durch alle aktiven Unterstützer_Innen, insbesondere aber durch die Menschenrechtsbeobachtung erreicht

wird. Dass es trotz aller politischer Abwägungen dabei auch zu Grenzfällen zwischen der guten Absicht konkreter Unterstützung und fehlender Konfliktsensibilität mit Blick auf die langfristigen Folgen einer nicht genügend reflektierten Einwirkung von außen kommen kann, ist nicht auszuschließen. Gerade die Arbeit als internationale Unterstützer_In verlangt in dieser



Hinsicht die Reflexion des eigenen kulturellen Selbstverständnisses und der Vielschichtigkeit des politischen Kampfes, der in den bestehenden Verhältnissen und alltäglichen Möglichkeitsräumen zum Widerstand unterschiedlich gegeben ist, in Chiapas ebenso wie in allen

anderen Teilen der Welt. Dabei bleiben auch die zapatistischen Campesin@s hinsichtlich ihres eigenen Emanzipationsprozesses selbstkritisch im Bezug auf die Reflexion ihrer eigenen Tradition und Werte. Seit der Rebellion 1994 wurde vieles hinsichtlich der Verwirklichung einer alternativen Lebenspraxis erreicht, dagegen in vielen sozialen Teilbereichen erst zögerliche Schritte begonnen. Daher wird es auch zukünftig nötig sein, weiterhin das nötige Durchhaltevermögen beizubehalten und den alltäglichen Widerstand *poco en poco* umzusetzen.

LottenLise

„Si la lucha sigue“
„Dass der Kampf weiter geht“



- (*) Antwort eines zapatistischen Bauern auf meine Frage, was er unter Zapatismus versteht, Sommer 2006.
- (1) Als gendgerechte Schreibweise wird in der kastilen (allg. als Sp. bekannten) Sprache das „a“ für die weibliche bzw. das „o“ für die männliche Form durch ein „@“ ersetzt & so im Artikel verwendet.
- (2) Übersetzt „Schneckenhaus“. Dieses Symbol wurde bewußt gewählt, um den zapatistischen Entscheidungsprozess zu veranschaulichen, in dem die vielen Stimmen am Ende der basisdemokratischen Entscheidungsfindung zu einem Konsens führen sollen.
- (3) „Zivilgesellschaft“ wird im zapatistischen Diskurs in Abgrenzung zur europäischen Definition generalisierend als der Teil der Bevölkerung verstanden, der außerhalb der staatlichen Strukturen den Kampf um die Wiederaneignung seiner Lebensbedingungen aufgenommen hat.
- (4) Eine deutsche Version der ersten Fassung von 1993 unter www.npla.de/poonal/p134.htm.
- (5) Vgl. www.sipaz.org/data/chis_de_03.htm (Stand 2005).
- (6) Der *Krieg der Niederen Intensität* zielt weniger auf eine direkte militärische Zerschlagung der Guerilla, sondern ist vielmehr als eine psychologische Kriegsführung gegen die Basis, also den zivilen Teil der Bewegung, zu verstehen. Diese Strategie wurde bereits in den 40er Jahren an der in Panamá, durch US-amerikanisches Militär, gegründeten *School of the Americas* (S.O.A.) entwickelt, wo die Mehrzahl lateinamerikanischen, militärischen Führungspersönlichkeiten ausgebildet wurde. Heute befindet sich die Schule unter dem Namen *Western Hemisphere Institute for Security Cooperation* (WHINSEC) in Fort Benning im US- Bundesstaat Wisconsin. Mehr unter: www.imi-online.de/download/AUSDRUCK-08-2004JP-Chiapas.pdf#search=%22Krieg%20niederer%20Intensitaet%20
- (7) Vgl. www.sipaz.org/fini_deu.htm

Aufstand der Würde: ein Überblick

„La Otra va!“ - Die andere Kampagne

Im Juni 2005 veröffentlichte die EZLN die „Sechste Erklärung aus dem Lakandonischen Urwald“. Darin kündigte sie eine neue Phase ihres politischen Kampfes an: Die Zapatistas wollen in einem mehrjährigen Prozess eine landesweite außerparlamentarische Linksallianz aufbauen, um schließlich eine neue, antikapitalistische Verfassung für Mexiko zu erarbeiten und diese zum Wohle aller Marginalisierten des Landes durchzusetzen. In Abgrenzung zu den politischen Parteien nennen die Zapatistas ihre Mobilisierung die „Andere Kampagne“. Den völligen Bruch mit den etablierten Parteien begründen sie damit, dass alle großen Parteien das neoliberale Projekt weiterführten und nur zugunsten einer privilegierten Elite und transnationaler Konzerne regierten. Der Aufruf stieß auf große Resonanz und Anfang 2006 waren bereits über 1.000 Organisationen in den Prozess involviert: ArbeiterInnen- und BäuerInnen-organisationen, Indígena-Zusammenschlüsse, Frauenorganisationen, Umweltgruppen, Schwulen- und Lesbenorganisationen, Netzwerke von SexarbeiterInnen, SchülerInnen, StudentInnen, unabhängige Medien- und Kunstkollektive, linke und anarchistische Vereinigungen. Die *Andere Kampagne* setzt im Gegensatz zu vielen Bewegungen explizit nicht auf eine Übernahme der Staatsmacht, sondern auf eine gesellschaftliche Basisorganisation. Um Grundfragen zu klären und der *Anderen Kampagne* ein Gesicht zu verleihen, läuft seit Dezember 2006 eine interne Befragung. Darüber hinaus vernetzen sich die AktivistInnen global um gemeinsam gegen die Missstände anzugehen...Über Sylvester fand in der autonomen Gemeinde Oventik ein internationales Treffen statt, um über die Fortschritte und Probleme der zapatistischen Selbstverwaltung zu informieren und sich unter anderem zu den Themen Autonomie, Gesundheit, Frauen, Bildung, Land und Kultur auszutauschen

Infos: www.ezln.org.mx

Atenco resiste

Die Kleinstadt Atenco nahe Mexiko Stadt wurde am 4. Mai 2006 von 3.500 schwer bewaffneten Polizisten angegriffen. Die Begründung: engagierte Menschen hatten Tags zuvor in entschlossener Weise BlumenhändlerInnen der Nachbarstadt beigegeben, die ihre Ware auf dem lokalen Markt verkaufen wollten und sich damit gegen die Pläne der Regierung wehrten, an dieser Stelle einen Supermarkt zu errichten. Die AktivistInnen aus Atenco blockierten eine Hauptstraße, woraufhin die Polizei die gesamte Ortschaft äußerst brutal angriff. Bei dem auch international kritisierten Vorgehen der Staatsgewalt starben zwei Menschen. 217 Personen wurden willkürlich inhaftiert. Es kam zu Folterungen, sexuellen Misshandlungen bis zu Vergewaltigungen. Die rebellische Gemeinde hatte sich bereits 2002 erfolgreich gegen den Bau eines neuen Großflughafens für Mexiko-Stadt gewehrt und sympatisiert mit den Zapatistas.

Die Kommune von Oaxaca

Im südlichen Bundesstaat Oaxaca gibt es seit Jahren Proteste gegen Menschenrechtsverletzungen. Vor allem indigene Gemeinden, die nach mehr Mitbestimmung streben, wurden von staatlichen Organen immer wieder brutal angegriffen. Eine Vielzahl sozialer

AktivistInnen wurde kriminalisiert und verschwand im Gefängnis.

Am 22. Mai 2006 begannen LehrerInnengewerkschaften und Basisorganisationen eine Besetzung des historischen Zentrums der gleichnamigen Landeshauptstadt, um gegen diese Verhältnisse und für bessere Bedingungen im Bildungssektor zu demonstrieren. Nachdem gegen die DemonstrantInnen am 14. Juni äußerst brutal vorgegangen wurde - es gab rund 100 Verletzte -, wurde Gouverneur Ulises Ruiz Ortiz von einem Großteil der Bevölkerung für abgesetzt erklärt. Der Zuwachs an Dörfern, LehrerInnen, Indígenas, ArbeiterInnen und Linken, die nun in der Bewegung mitmachen, hat dazu geführt, dass die *Versammlung der Bevölkerung von Oaxaca* (APPO) von 350 Organisationen gegründet wurde. Seit Juli findet ein explizit friedlicher Aufstand statt, der sich zu einer regelrechten Revolution ausgeweitet hat. Die Bewegung ging von der bloßen Blockade zur Ausgestaltung basisdemokratischer Organisationsformen über.

Doch die alte Regierung des Gouverneurs griff auf verdeckte, paramilitärische Aktionen zurück und ließ AktivistInnen attackieren, foltern und ermorden. Die Bundesregierung Mexikos wurde aufgefordert, den Gouverneur abzusetzen. Stattdessen entsandte sie die „Präventive Bundespolizei“ (PFP) – eine militärisch aufgebaute Spezialeinheit -, die den Bundesstaat regelrecht okkupierte. AktivistInnen der APPO wurden während Verhandlungen und bei Straßenkontrollen verhaftet, was die Protestbewegung zeitweise in den Untergrund zwang.

Infos: www.asambleapopulardeooaxaca.com

Das Ya Basta Netzwerk

Ya basta ist ein Netz von Menschen, von denen viele durch den Aufstand der Zapatistas zur Rebellion ermutigt wurden oder sich darin bestärkt sehen und in Solidarität mit den aufständischen Menschen in Chiapas leben. Es ist ein lernendes Netz, in dem die verschiedenen emanzipatorischen Kämpfe und Widerstandsformen nebeneinander bestehen können und aufeinander (kritisch) Bezug nehmen, ohne sich auszuschließen. Es soll ein Netz sein, in dem die Menschen sich gegenseitig in ihren lokalen Kämpfen unterstützen. Ein Netz, das Menschen ermutigen will, sich zu engagieren und „Ya basta“ zu sagen.

Infos: www.ya-basta-netz.de.vu

Ein „Ya Basta!“ aus Leipzig...

Aus den Geschehnissen um Atenco, Oaxaca und die *Andere Kampagne* hat sich bundesweit das Interesse an den sozialen Kämpfen in Mexiko verstärkt. In Leipzig ist es dazu recht ruhig geblieben. Neben einer Veranstaltungsreihe zu Chiapas und Zapatismus im November gab es am 20.1.07 eine kleine Solikundgebung bei der Eisenbahnstrasse, die von Menschen der Montagsdemos und um den libertären Stadteylladen Libelle herum getragen wurde. Hier haben sich auch Leute zusammengefunden, die weiter Solidaritätsaktionen für die zapatistische Selbstverwaltung organisieren und auch lokal auf der Basis zapatistischer Ideen wirken wollen. Wer mitmachen oder per Newsletter auf dem Laufenden bleiben möchte.

Kontakt: yabasta-leipzig@riseup.net

Marokko :

Menschenrechtsverletzungen im Namen des EU-Grenzregimes



Wenig mehr als ein Jahr nach dem Sturm von TransitmigrantInnen auf die spanischen Enklaven Ceuta und Melilla im Oktober 2005, als mindestens 11 Menschen zu Tode kamen und Massenabschiebungen in die Wüste stattfanden, sowie sechs Monate nach der Euroafrikanischen Regierungskonferenz „Migration und Entwicklung“ in Rabat bewies die marokkanische Regierung erneut, wie sie ihre Rolle als Grenzwächter Europas wahrnimmt und dabei selbst die von ihr unterzeichneten Menschenrechts- und Flüchtlingskonventionen sowie marokkanische Gesetze mit Füßen tritt. Über 500 Menschen schwarzer Hautfarbe wurden seit dem 23.12.06 bei Razzien festgenommen und an der algerischen Grenze ausgesetzt. Die marokkanische Regierung erhofft sich von der EU Visaerleichterungen für einige ihrer BürgerInnen, wenn sie sich als Hilfspolizist der EU betätigt und die TransitmigrantInnen abschiebt, statt sie in die EU einreisen zu lassen. Aber es gibt auch Widerstand gegen diese Politik, der unsere Unterstützung braucht.

Hintergründe der Versuche erneuter Massenabschiebungen aus Marokko

Auch nach den Massenabschiebungen im Herbst 2005 befinden sich noch mindestens 10.000 Flüchtlinge und MigrantInnen aus Subsahara-Afrika in Marokko, die meisten von ihnen ohne einen rechtlich anerkannten Status. Einige, vor allem

Flüchtlinge aus der Demokratischen Republik Kongo und der Elfenbeinküste, haben beim UNHCR Asyl beantragt und z.T. auch eine Anerkennung durch ihn bekommen, nicht jedoch Aufenthaltspapiere von den marokkanischen Behörden. Sie leben ohne juristische Absicherung, politische Rechte und soziale Versorgung vor

allem in den Arbeitervierteln der großen Städte und in den Wäldern rund um Ceuta und Melilla. Die provisorischen Lager dort wurden allerdings von den Sicherheitskräften weitgehend zerstört. Nach internationalen Protesten gegen die Aussetzungen in der Wüste und aufgrund der Schwierigkeiten, Herkunftsländer zur Rückübernahme zu bewegen, fanden eine Zeitlang keine Massenabschiebungen aus Marokko mehr statt.

Dies änderte sich im Dezember 2006, und über die (Hinter-)Gründe kann nur spekuliert werden: Ein Grund ist wahrscheinlich der Druck, von der EU bis zum Jahresende für Abschiebungen zur Verfügung gestelltes Geld noch auszugeben. Die Wahl des Zeitpunkts um das christliche Weihnachtsfest herum hatte sicher damit zu tun, dass dann die meisten Büros sowohl des UNHCR als auch internationaler Menschenrechtsorganisationen und Medien geschlossen haben und so Proteste ausbleiben würden. Evtl. ging es aber auch um eine gezielte Beleidigung und Schikane der überwiegend christlichen Flüchtlinge aus Subsahara-Afrika, als Ausdruck einer reaktionären islamistisch-rassistischen Kampagne, die in Marokko gegen bestimmte MigrantInnen geführt wird. Andererseits fielen die Tage um Silvester in diesem Jahr mit einem moslemischen Fest zusammen, so dass auch Mitglieder marokkanischer Organisationen in Urlaub waren. Ein weiterer Grund für die Regierung, noch vor Jahresbeginn 2007 mit spektakulären Aktionen gegen sogenannte „illegale Migration“ ihre Kooperations-

bereitschaft zu zeigen, waren anstehende Verhandlungen mit der EU über Einwanderungskontingente für MarokkanerInnen als benötigte Billigarbeitskräfte, z.B. in Spanien.

Die Ereignisse seit Weihnachten 2006

Seit dem 23. Dezember 2006 wurden in Marokko über 500 Personen, die aus Ländern südlich der Sahara stammen, bei Razzien durch Sicherheitskräfte festgenommen, zunächst in Rabat, dann in Nador (bei Melilla), Lâayoune (West-sahara) und Ende Januar in Casablanca. Dabei wurde nicht beachtet, ob sie eine Aufenthaltserlaubnis oder Flüchtlingspapiere vom UNHCR besitzen, ob sie schwanger, krank oder behindert sind. Ihr einziges „Vergehen“: ihre schwarze Hautfarbe. Alle wurden am frühen Morgen aus den Betten gerissen, in Busse gesetzt und nach kurzem Aufenthalt im Polizeikommissariat in Oujda in ein Wüstengebiet an der algerischen Grenze (die offiziell geschlossen ist) gefahren, mitten in der Nacht bei Temperaturen um die 0 Grad dort ausgesetzt und mit Schüssen gezwungen, Marokko zu verlassen. Algerien vertrieb die MigrantInnen seinerseits mit Schüssen.

Vierzehn Tage nach Beginn dieser Verhaftungen war es ca. 200 Personen gelungen, nach Oujda zurückzukehren, wo Menschenrechts- und Flüchtlingsorganisationen ein provisorisches Camp errichtet haben, das inzwischen aber mehrfach von der Polizei zerstört wurde. Nach Zeugenaussagen der an der Grenze abgesetzten MigrantInnen wurden den meisten von ihnen ihre Wertsachen abgenommen (Handys, Geld) und vielen ebenso ihre Pässe (Personalausweise und Bescheinigungen des UNHCR). Einige von ihnen wurden gewaltsam angegriffen und Frauen Opfer von Vergewaltigungen. Viele sind körperlich sehr schwach, eine Frau aus der Republik Kongo, im fünften Monat schwanger, verlor ihr Baby.

Busunternehmen und Taxifahrer weigerten sich, Schwarze mitzunehmen, so dass sie sich nur zu Fuß fortbewegen konnten.

Die zwiespältige Rolle des UNHCR

Erst durch (späte) Intervention des UNHCR schafften es einige als Flüchtlinge oder AsylbewerberInnen registrierten Personen, wieder in ihre Wohnorte zurück zu gelangen. Mehrere von ihnen sind jedoch erneut von Razzien betroffen. Die Regierung behauptet, es seien keine AsylbewerberInnen und anerkannten Flüchtlinge unter den Verhafteten. Die von der Polizei eingezogenen bzw. zerrissenen UNHCR-Papiere seien gefälscht. Der UNHCR ist nicht in der Lage, die bei ihm registrierten Flüchtlinge zu schützen. Er wird von der EU unter Druck gesetzt, die Politik der Auslagerung des Flüchtlingsschutzes mitzutragen und dient mehr und mehr als Alibi für diese Politik. Von der marokkanischen Regierung, die seinen Status nicht voll anerkannt hat, wurde dem UNHCR-Repräsentanten vorgeworfen, im Herbst 2005 eine Presseerklärung herausgegeben zu haben, dass er keinen Zugang habe zu den am Zaun von Ceuta und Melilla festgenommenen registrierten Flüchtlingen (die es nach Behauptungen der Regierung auch dort nicht gab), und auf Druck aus der UNHCR-Zentrale in Genf musste er sich dafür entschuldigen. Anfang Januar gab es Gespräche des UNHCR-Vertreters mit der marokkanischen Regierung, in denen vom UNHCR u.a. zugesichert wurde, fälschungssichere Flüchtlingsausweise herauszugeben, Abkommen mit der Regierung über die Registrierung der Flüchtlinge zu treffen und Proteste nicht mehr öffentlich zu äußern.

Regierungspositionen und Rechtlosigkeit der MigrantInnen

Die marokkanischen Behörden stellten die Razzien als Maßnahmen auf Grundlage der Beschlüsse der Regierungskonferenz zum Thema Migration dar, die am 10. und 11. Juli 2006 in Rabat stattfand. Da sie keinerlei Interesse haben, trotz Unter-

zeichnung der Genfer Flüchtlingskonvention und der Konvention über den Schutz der Wanderarbeiter und ihrer Familien durch die marokkanische Regierung sowie Verabschiedung eines entsprechenden nationalen Gesetzes (02/03), menschenwürdige Aufnahme- und Lebensbedingungen für Flüchtlinge und MigrantInnen zu schaffen, wird einfach geleugnet, dass es schutzbedürftige Personen gibt. Menschenrechts- und Flüchtlingsorganisationen sollten bei der Sortierung in „gute“ und „schlechte“ MigrantInnen mitwirken, weigerten sich aber, dies zu tun und forderten stattdessen eine menschenwürdige Behandlung aller MigrantInnen, was z.B. das Recht auf Wohnung, Arbeitssuche und gesundheitliche Versorgung einschließt. All diese Rechte werden MigrantInnen aus dem subsaharischen Afrika in Marokko verweigert. Sie sind gezwungen, in Abbruchhäusern oder auf der Straße zu schlafen, zu betteln, im Müll nach Nahrungsmitteln zu suchen und/oder sich zu prostituieren, um zu überleben.

Widerstand

Auf der euro-afrikanischen NGO-Konferenz „Migrationen, Grundrechte und Bewegungsfreiheit“, zu der sich am 30.6./1.7.06 mehr als 150 VertreterInnen von Flüchtlings- und Menschenrechtsorganisationen aus Europa, Subsahara- und Nordafrika bei Rabat trafen, stellten Flüchtlinge und MigrantInnen ihre Situation dar, es wurde über die EU-Migrationspolitik diskutiert und ein Manifest mit gemeinsamen Forderungen verabschiedet (siehe Bericht auf www.fluechtlingsrat-hamburg.de unter dem Konferenzdatum). Bewegungsfreiheit wurde als Grundrecht und Voraussetzung zur Wahrnehmung anderer Grundrechte definiert. Eine Kundgebung vor dem Parlamentsgebäude, in dem eine Woche später die Regierungskonferenz stattfand, wurde organisiert. Ein „Nachfolge-Komitee“ (comité de suivi) und eine E-mail-liste wurden eingerichtet, über die seitdem ein Informationsaustausch und die Ko-

ordinierung von Aktivitäten, u.a. zum transnationalen Aktionstag am 7.10.06 und zum Weltsozialforum Ende Januar 2007 in Nairobi, laufen. Auch die Unterstützung der von den Razzien und Abschiebungen betroffenen MigrantInnen und die Herstellung internationaler Öffentlichkeit darüber wurden erst durch diese Vernetzung möglich.

Am 22.1.07 fand im Unterausschuss für Menschenrechte des EU-Parlaments ein Hearing zu den Vorgängen in Marokko statt. Der ausführliche Bericht dafür ist auf <http://terra.rezo.net/IMG/doc/VALLUY060107.doc> nachzulesen (leider nur auf Französisch). Weitere Berichte und Dokumente, auch auf Deutsch, sind auf der oben angegebenen Website des Flüchtlingsrats Hamburg (unter dem Datum 23.12.06) zu finden.

Die aktiven Menschenrechts- und Flüchtlingsorganisationen in Marokko, die durch die dortige Regierung ständig überwacht und von Festnahmen und Entführungen bedroht sind und kaum über finanzielle Mittel verfügen, benötigen dringend unsere Unterstützung und haben dafür auf einer Versammlung am 4.1.07 in Rabat einen Offenen Brief verabschiedet, der ebenfalls auf unserer homepage steht und verbreitet werden sollte.

Conni Gunßer,
Flüchtlingsrat Hamburg

(Der Artikel basiert auf Berichten von AktivistInnen aus Marokko)



„Die Zähne zeigt, wer das Maul aufmacht!“ Wie und Warum Aussageverweigerung Sinn macht

Bei politischen Aktionen bewegt man sich schnell am Rande der Legalität. Sei es die Verhinderung eines Naziaufmarsches, die aus einer emanzipatorischen Sicht legitim ist – per Gesetz aber der „Behinderung einer genehmigten Demonstration“ entspricht oder die Stürmung des Arbeitsamtes, die der Wut über ein System der Zwangs-Erwerbsarbeit bzw. Erwerbslosigkeit Ausdruck verleiht, jedoch gesetzlich unter Strafe steht.

Es war lange selbstverständlich vor Gericht keine Aussagen zu machen und nur politische Erklärungen zu verlesen. So verschieden die politischen Analysen und Aktionsformen der jeweiligen Bewegungen auch immer waren, in einem waren sie sich einig: Der Repressionsapparat des bürgerlichen Staates ist gegen sie gerichtet und wird mit allen Mitteln versuchen, Bewegungen zu kriminalisieren und zu zerschlagen. In letzter Zeit scheint dieses Wissen innerhalb der Linken zu schwinden. Immer mehr Menschen vergessen zu oft, ihren Mund bei der Polizei zu halten.

Warum Aussageverweigerung?

Staatliche Behörden betrachten es als gefährlich, wenn Menschen sich organisieren, um die sozialen Verhältnisse zu ändern. Denn Proteste und Widerstand etwa gegen Kriegspolitik, Abschiebungen, die kapitalistische Globalisierung oder Atomtransporte können auch dazu führen, dass Menschen diese Missstände nicht nur als kosmetische Probleme betrachten, sondern beginnen, die bestehenden Machtverhältnisse zu hinterfragen. Bei jeder Festnahme und jedem Strafverfahren wollen Polizei und Justiz neben der Repression gegen Einzelne immer auch Informationen über politische und sogar persönliche Zusammenhänge gewinnen. Denn eine unbekannte Bewegung ist eine potentielle Gefahr.

Es gibt keine gesetzliche Grundlage, Informationen zu erzwingen: Bei der Polizei braucht niemand Aussagen zu machen. Als Beschuldigte/R kann man darüber hinaus die Aussage auch bei der Staatsanwaltschaft und vor Gericht verweigern. Laut Gesetz darf das nicht zu Ungunsten des/der Angeklagten verwendet werden. In der Realität sieht es jedoch anders aus. Schon das Gefühl, bei einer Festnahme ganz und gar der Polizei ausgeliefert zu sein, verleitet viele dazu, Aussagen zu machen. Oft muss die Polizei nicht mal mit üblen Tricks arbeiten. Doch sie haben auch Methoden, um uns unter Druck zu setzen und Aussagen herauszupressen.

Oft geschieht das durch Einschüchterung (Anschreien, Gewaltandrohung und manchmal auch -ausübung, Drohen mit Konsequenzen bei den Eltern, in der Schule oder im Job) oder verständnisvoll („Wir sind ja auch gegen die Rechten, wir wollen ja das Gleiche“). Manchmal will die Polizei Dich auch zu scheinbar „harmlosen“ oder „entlastenden“ Aussagen überreden. Dabei gibt es keine „harmlosen“ Aussagen. Jede Äußerung hilft der Polizei bei Ermittlungen, entweder gegen Dich oder andere. Scheinbar „entlastende“ Aussagen können andere belasten, oder der Polizei helfen weitere Beweise zu suchen oder zu erfinden. Deshalb: bei der Polizei und Staatsanwaltschaft konsequente Aussageverweigerung!

Aussageverweigerung konkret

Es gibt viele Situationen, die ganz harmlos erscheinen, in denen die „Aussage“ trotzdem verweigert werden sollte: Anquatschversuche des Verfassungsschutzes, Gespräche mit „Deeskalationsbeamten“ der Polizei... Auch hier gilt: Mund halten!

Du hast das Recht:

- * den Grund für die Festnahme zu erfahren.
- * alle Aussagen zu verweigern.
- * nichts zu unterschreiben!
- * gegen eine erkennungsdienstliche Behandlung schriftlich Widerspruch einzulegen.
- * im Verletzungsfalle einen Arzt zu verlangen und die Verletzung attestieren zu lassen.
- * ein Protokoll über beschlagnahmte Dinge zu erhalten.
- * einen Anwalt bzw. eine Anwältin, eine Person des eigenen Vertrauens zu benachrichtigen. (Aber nicht unnötig am Telefon quasseln!)



Bei der Polizei

Einer Vorladung der Polizei braucht niemand Folge zu leisten, weder Beschuldigte noch Zeuginnen, daraus entstehen keine Nachteile. Auf eine Ladung soll gar nicht reagiert werden, also auch nicht telefonisch.

Es ist allerdings ratsam, dass FreundInnen, Mitbetroffene, Anwälte und Rechtshilfegruppen wie die Rote Hilfe informiert werden! Leider gibt es auch mißliche Lagen wie Festnahmen, denen man sich nicht entziehen kann. Hier hilft es nur, die eigenen Rechte genau zu kennen.

Bleib ruhig und reagiere nicht auf Provokationen. Versuch, jeden Kontakt auf eine formale Ebene zu ziehen. Du bist nur verpflichtet, Angaben zu Deiner Person zu machen (Name, Adresse, Geburtsdatum, Geburtsort, Familienstand, Staatsangehörigkeit und allgemeine Berufsangabe (z.B. Schülerin, Angestellte, Arbeiter usw.)). Sonst gar nix!

Beim Haftrichter

Manchmal kommt es vor, dass die Polizei meint, es gebe Gründe, Dich nach Ablauf von 48 Stunden nicht zu entlassen. Aber: Eine Aussage zur Sache wendet keine Untersuchungshaft ab!

Der Haftbefehl lautet auf „dringendem Tatverdacht“. Einlassungen zu den Tatvorwürfen, auch wenn es ein „Alibi“ ist, bedeuten nicht, dass keine U-Haft verhängt wird. Zu Vorwürfen, die zum Haftbefehl führen können, kommen noch so genannte „Haftgründe“ hinzu. Der Haftbefehl kann, wenn die „Haftgründe“ nicht zutreffen, außer Vollzug gesetzt werden. Das heißt

aber nicht, dass damit auch die Tatvorwürfe aus der Welt wären, was die Unsinnigkeit von Aussagen zur Sache vor dem/der HaftrichterIn zeigt. Haftgründe sind: Fluchtgefahr, Verdunklungsgefahr, Wiederholungsgefahr und besonders schwere Tatvorwürfe.

Bei Vorwürfen, wie Mord, Totschlag und §129a wird grundsätzlich Haftbefehl erlassen. Zu den anderen Haftgründen kann nach dem Gesetz ein/e BeschuldigteR Stellung nehmen. Wenn überhaupt, sollte dies nur zum Punkt Fluchtgefahr und nach anwaltlicher Beratung gemacht werden. Sagt man etwas zu den Punkten Verdunklungs- und Wiederholungsgefahr, ist unweigerlich eine Diskussion über den Tatvorwurf die Folge. Klar sein muß unbedingt, dass mit einer Aussage zur Sache keine U-Haft abgewendet werden kann.

Beim Staatsanwalt

Der Staatsanwalt führt das Ermittlungsverfahren und entscheidet über die Anklage des Beschuldigten vor Gericht. Dort führt er in der Hauptverhandlung die Anklagevertretung. Bei einer Zeugenvorladung raten wir unbedingt, sich davor mit einer Rechtshilfegruppe und einem Anwalt, einer Anwältin zusammenzusetzen.

ZeugInnen müssen vor dem Staatsanwalt erscheinen und Angaben zur Person machen (s.o.), ansonsten kann eine Vorführung angeordnet werden. Beschuldigte können die Aussage verweigern. Mensch hat das Recht zu erfahren, um welches Verfahren es sich handelt (besteht auf einer genauen Bezeichnung der einzelnen Tatvorwürfe) und wer der/die Beschuldigte ist. Denn man muss die Möglichkeit haben zu prüfen, ob ein Aussageverweigerungsrecht besteht.

Es gibt Gründe, warum ZeugInnen vor dem Staatsanwalt nicht aussagen wollen. Sie können zu diesem Zeitpunkt nicht ermessen, wozu ihre Aussagen verwendet werden. Sie wissen nicht sicher, in welche Richtung der Staatsanwalt ermittelt, der Staatsanwalt darf die ZeugInnen darüber auch weitgehend in Unkenntnis halten - und auch darüber, ab wann in seinen Augen eine Aussage den/die ZeugIn selbst belasten könnte! Ein Überblick über die Zusammenhänge, in der die Aussagen stehen, dürfte den Befragten unmöglich sein. Jede Aussage beim Staatsanwalt liefert ein Steinchen im Mosaik und kann weitere Anhaltspunkte liefern.

Das Aussageverweigerungsrecht für ZeugInnen wird durch die Strafprozeßordnung (StPO) geregelt. Verwandte (auch Eheleute und Verlobte (!) und in derselben Sache Angeklagte haben ein Aussageverweigerungsrecht, ebenso wenn man sich durch eine Aussage selber belasten würde.

Was droht Menschen, die die Aussage verweigern, obwohl sie kein Aussageverweigerungsrecht haben? Oder mit ZeugInnen, die einer staatsanwaltschaftlichen Ladung nicht folgen wollen? Dafür werden erst mal die entstandenen Kosten aufgedrückt. Dazu kann der Staatsanwalt ein Ordnungsgeld erlassen. Wenn dieses nicht gezahlt wird, kann ein Richter maximal 42 Tage Ordnungshaft verhängen. Es kann die zwangsweise Vorführung vor einen Ermittlungsrichter angeordnet werden.

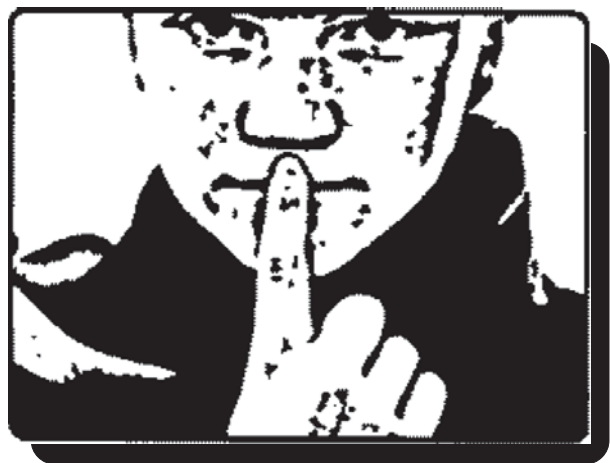
ZeugInnen die hingehen, aber nichts sagen

Zunächst läuft alles so wie oben ab. Wichtiger Unterschied aber ist, dass damit die Ordnungsmittel verbraucht, also nicht wiederholbar sind! Möglicherweise beantragt der Staatsanwalt nun die Erziehungshaft (Beugehaft). Wird diese durchgesetzt, ist danach auch dieses Erziehungsmittel verbraucht. Die Beugehaft kann über maximal sechs Monate verhängt werden. Zuerst aber müssen die Ordnungsmittel angewandt werden.

Staatsanwälte, die behaupten, der ZeugIn könne gleich in Beugehaft gesteckt werden, vermischen bewusst Ordnungs- mit Erziehungsmitteln.

Aussageverweigerung als ZeugIn beim Richter

Die Folgen sind die gleichen wie bei der Staatsanwaltschaft, dazu kommt, dass die Eidesverweigerung ebenso behandelt wird wie eine Aussageverweigerung. ZeugInnen können zu allen Vernehmungen einen Anwalt, eine Anwältin mitnehmen. Sie können eine wichtige - auch psychologische - Funktion haben, doch sollten ihre Möglichkeiten nicht überschätzt werden. Sie haben lediglich die Funktion eines Rechtsbeistandes, d.h. sie können nicht in die Vernehmung eingreifen und dürfen nur bei formalen Fehlern des Vernehmenden tätig werden. Etwa wenn eine Frage juristisch so nicht gestellt werden darf, wie sie gestellt wurde, oder der Staatsanwalt keine Rechtsmittelbelehrung erteilt hat. Aber man hat das Recht, sich mit dem Anwalt/der Anwältin über die gerade gestellte Frage im Nebenzimmer zu beraten. Dadurch ist es möglich, sich erst mal Luft zu verschaffen und sich dem psychischen Druck zu entziehen.



Rote Hilfe e.V. Leipzig, c/o Liebknecht-Haus, Braustr. 15, 04177 Leipzig
Sprechstunde: jeden 1. Donnerstag im Monat 19 Uhr im linXXnet, Bornaische Str. 3d, 04277 Leipzig, leipzig@rote-hilfe.de

DNA-Analyse Mein Körper gehört MIR, bis zum letzten Nukleotid!

Europas Innenminister können jubeln, denn das genetische Material des Menschen liefert eindeutige, gerichtlich anerkannte Daten. Seit 2000 verweisen PolitikerInnen verstärkt auf aktuelle Ereignisse der internationalen Politik, um die innere Sicherheit zu erhöhen und die Macht der herrschenden Klasse zu sichern. 2004 nannten die JustizministerInnen der EU die internationale Vernetzung der nationalen DNA-Daten als eines der wichtigsten Ziele.

Law & Order - Entnahme & Verweigerung

Unterschieden werden muss zwischen der Entnahme einer DNA-Probe, die staatsanwaltlich angeordnet werden kann und dem eigentlichen Analyseverfahren, für das ein richterlicher Beschluss notwendig ist! Bei „anonymen Spuren am Tatort“ und „Gefahr im Verzug“ gilt der Richtervorbehalt nicht mehr und eine StaatsanwältIn oder die Polizei darf die Entnahme anordnen. Der richterliche Beschluss kann umgangen werden, wenn die betroffene Person von der Staatsanwaltschaft oder den Bullen angeschrieben wird und freiwillig ihre DNA abgibt, mensch kann aber auch zur DNA-Entnahme gezwungen werden! Zwar kann mensch die Entnahme aus einer Körperöffnung verweigern, in diesem Falle wird jedoch Blut abgenommen.

Schon vor der WM 2006 gab es Bestrebungen, die DNA von Personen, die zu gewissen Gruppen-Dateien zählen (z.B. Gewalttäter-Sport/ linksmotivierte Gewalttäter-Datei, LiMo) zwangsweise zu entnehmen und „vorsorglich“ zu analysieren. Ebenso gibt es schon seit einigen Jahren Vorstöße von PolitikerInnen, den richterlichen Beschluss komplett aufzuheben und die DNA-Entnahme als Standard in die ED-Behandlung der Polizei zu integrieren. Bei DNA-Massentests, wie etwa im letzten Jahr in Coswig (1), ist die Freiwilligkeit bei der Teilnahme garantiert. Jedoch folgt der freiwilligen Verweigerung die unfreiwillige Belästigung durch PolizeibeamtInnen...

Speicherung

Bei laufenden Ermittlungsverfahren können Spuren und DNA-Material von StraftäterInnen vom Bundeskriminalamt (BKA) gespeichert werden. Laut Wikipedia kommen täglich ca. 200-300 Datensätze hinzu. Aktuell (01'07) umfasst die Datei des BKA ca. eine halbe Million Einträge.

Bei Massentests sieht das Gesetz(!) vor, die für laufende Verfahren nicht mehr relevanten DNA-Informationen unverzüglich zu vernichten. Wer dem (Rechts-) Staat traut, braucht sich keine Sorgen zu machen... Die DNA-Entnahme und Speicherung in einer BKA-Analysedatei ist „verfassungsgemäß“, wenn der/die TäterIn wegen Straftaten erheblicher Schwere verurteilt wurde, also z.B. Mord und schwere Körperverletzung. Zudem muss begründeter Verdacht auf Wiederholungsgefahr bestehen.

Datenaustausch

Das Schengener Informationssystem II (2) wandelt sich vom Informations- zum Ermittlungssystem mit derzeit ca. 14 Millionen Datensätzen : u.a. Informationen über AsylbewerberInnen, gesuchte Personen und gestohlene Dinge. Geplant ist die Aufnahme von biometrischen Merkmalen, Fingerabdrücken, Lichtbildern und auch ein DNA-Abgleich. Die „Superdatenbank“ wird mit anderen Datenbanken (wie INPOL-Neu (3)) vernetzt und ist für Geheimdienste, EUROPOL (4), EUROJUST (5).

Grenzpolizei und KFZ-Registrierungsstellen zugänglich. Für einen Datenaustausch innerhalb der EU genügt es bereits, verdächtig zu werden, die öffentliche Sicherheit und Ordnung zu gefährden. Ein Richterbeschluss ist nicht erforderlich.

Präventive DNA-Analyse

Eine weitere Möglichkeit der DNA-Entnahme und Analyse ist die präventive DNA-Entnahme. Dabei kann im Rahmen eines Ermittlungsverfahrens DNA ohne Richterscheid analysiert werden, wenn dem/der Betroffenen Straftaten erheblicher Schwere vorgeworfen werden und „begründete Wiederholungsgefahr“ besteht. Dabei ist letztere meist nur eine willkürliche Beschuldigung der Polizei.

Mit der Neuregelung der DNA-Analyse im November 2005 wurde die präventive DNA-Analyse und -Speicherung auf die prognostizierte Wiederholung „nicht erheblicher Straftaten“ ausgeweitet, was im polizeilichen Alltag auch schon Praxis war. Das Bundesjustizministerium führt für solche „nicht erheblichen Straftaten“ mit Wiederholungsgefahr Hausfriedensbrüche und Sachbeschädigungen an. Letzendlich, und das sollte uns bewusst sein, geht es um die Sammlung der DNA-Daten von möglichst vielen Menschen...

Wie verhalte ich mich bei DNA-Entnahme?

- * Keine Aussagen, keine Unterschriften!
- * Keine Einwilligung zur DNA-Entnahme unterschreiben! Damit bleibt der Richtervorbehalt bestehen und die Entnahme kann später besser angefochten werden.
- * Wahrscheinlich droht die Polizei mit einer zwangsweisen Blutabnahme. Diese muss aktuell NOCH von einer/einem RichterIn angeordnet werden. Besteht darauf, dass dies rechtlich nicht möglich ist. Verlangt nach eurem Anwalt/eurer Anwältin. Immer gilt: Die Blutabnahme muss von einem Arzt/einer Ärztin durchgeführt werden!
- * Legt explizit Widerspruch gegen die DNA-Entnahme ein und lasst ihn schriftlich festhalten! Es kann wichtig sein, die Löschung der Daten zu beantragen.
- * Es hat sich gezeigt, dass ein/e anwesende/r RechtsanwältIn fragwürdige Maßnahmen zumindest zu diesem Zeitpunkt verhindern kann. Informiert ein/e AnwältIn eures Vertrauens, eure Rote Hilfe Ortsgruppe oder den EA. Euch steht bei jeder Festnahme ein Anruf bei einer Person eures Vertrauens zu! es kann wichtig sein, die Löschung der Daten zu beantragen und gegen die Entnahme Einspruch einzulegen. Häufig läuft dies auf eine Feststellungsklage beim Verwaltungsgericht hinaus. Wendet euch an die Rote Hilfe oder den EA.
- * Lasst Euch nicht einschüchtern!

KEEP COOL. Bedenkt die Konsequenzen!

(1) Aufgrund von Sexualverbrechen wurden dort Massentests an Männern zwischen 25-45 durchgeführt. Vorgesehen waren 80.000 Freiwillige.
 (2) Schengener Informationssystem (SIS) - nichtöffentliche Datenbank, mit Personen und Dingen, nach denen im Schengen-Raum gefahndet wird.
 (3) Bundesweit einheitliches polizeiliches Informationssystem.
 (4) Europol oder Europäisches Polizeiamt ist die europäische Polizeibehörde in Den Haag.
 (5) Eurojust oder Europäische Einheit für justizielle Zusammenarbeit ist die europäische Justizbehörde (Den Haag).

Buchmesse 2007

Donnerstag, 22.3.2007

17.30 Uhr, el-libro/ linXXnet

Anarchie! Idee - Geschichte - Perspektiven

Buchvorstellung mit dem Autoren Horst Stowasser

20 Uhr, el-libro/ linXXnet

Lebensunwert? NS-Psychiatrie, Zwangssterilisierung und Widerstand.

Buchvorstellung mit dem Kölner Filmemacher und Autoren Robert Krieg

Freitag, 23.3.2007

17.30 Uhr, el-libro/ linXXnet

Lebenserfahrung und Geistesarbeit. Simone Weil und der Anarchismus

Buchvorstellung mit Übersetzer Lou Marin

19 Uhr, LIBELLE

Leben ohne Chef und Staat

Lesung mit Horst Stowasser

20 Uhr, Rotes Antiquariat

Operation 1653 - Stay rude, stay rebel

Buchvorstellung mit dem Autoren Bernd Langer

Samstag, 24.3.2007

17 Uhr, el-libro/ linXXnet

Copyright - Copyriot. Aneignungskonflikte um geistiges Eigentum im informationellen Kapitalismus

Buchvorstellung mit der Autorin Sabine Nuss

20 Uhr, Rotes Antiquariat

Das Liebesleben der Emigranten

Vortrag mit dem Autoren Jaromir Konecny

Sonntag, 25.3.2007

19 Uhr, LIBELLE

roots of anarchism - Theorie, Kritik und Utopie des Anarchismus"

Buchvorstellung mit Lou Marin

el-libro/ linXXnet, Bornaische Str. 3d, Lpz

Rotes Antiquariat, Bornaische Str. 3b, Lpz

LIBELLE, Kolonnadenstr. 19, Lpz

Jukss: Klappe die 14te

Eine neue Welt mit Geburtsschwierigkeiten

Da war es wieder soweit, zwischen dem 23.12. und dem 6.1. wechselte nicht nur wie üblich das Jahr, auch der Jugendumweltkongress oder auch „Jukss“ öffnete seine Pforten für an die 400 Jugendliche und Junggebliebene. Diesmal an einer Schule in einer Plattenbausiedlung in Königs-Wusterhausen in Brandenburg.

Der Trend der letzten Jahre setzte sich fort: das Thema Umwelt muß sich die Plätze mit Selbstorganisation, Bildungskritik, Geschlechterrollen, Beziehungsweisen und eher praktischer Betätigung, wie Jonglierbälle bauen oder Yoga und Massagetechniken teilen. Dazu kommen Themen wie G8, gewaltfreie Kommunikation und Veganismus/Antispeziesismus und Treffen der „Travelling School of Life“ und „Alternativ-Unis“. Auch die Aktion gegen die Verdrängung der Indigenas in Französisch-Guyana soll nicht unerwähnt bleiben.

Die Organisationsform war ähnlich wie beim 13. Kongress in Bielefeld im Jahr davor: es gab kein tägliches Plenum, es gab eigentlich gar keine Vollversammlungen. Dahingehend kann der Jukss als praktisches Experimentierfeld für Selbstorganisation verstanden werden. Eine große Bedeutung fällt hier den Info- und Orgawänden zu und den Mitmachgruppen, die sich um bestimmte Aufgabenbereiche, wie Kochen und Empfang, kümmern. Und hier kommen die Haken: die Zettelwände waren recht unübersichtlich positioniert und erschlugen einen in ihrer Fülle als Neuankömmling geradezu. Mensch brauchte mindestens zwei Tage um sich da hineinzufinden. Und zweiter Haken: die Mitmachgruppen sind mangels Beteiligung zu Beginn, als noch recht wenige Leute da waren, gar nicht richtig ins Rollen gekommen. Ohne funktionierende Infogruppe konnten wiederum neue BesucherInnen nicht in die Struktur eingebunden werden. Alles hing nun am spontanen Engagement, an der Bereitschaft, bei Bedarf einzuspringen und dem Know How der Erfahreneren unter den „Jukssis“. Und zum dritten waren für Menschen, die nicht so gut mit großen Menschenmengen umgehen konnten, eher zu wenig Rückzugsräume vorhanden, zu wenig Entspannungsmöglichkeiten, zu viel deprimierendes Schulfair.

Wichtig war zudem die Frage: „Der Jukss ein Kuschelkongress?“ Nun, das entschieden schlußendlich die Teilnehmenden selbst, aber womöglich fehlte eine Reflektionsbasis für diesen offeneren Umgang mit körperlicher Nähe, der viele im Regen stehen ließ, die ihre Bedürfnisse nicht so gut kommunizieren konnten, sei es das „Nein – ich möchte jetzt nicht mit Dir kuscheln!“ oder das „Ja – magst Du

mich in den Arm nehmen?“. Diese öffentliche Thematisierung mag für die Eine oder Andere befremdlich klingen, aber es handelt sich um grundlegende und tabuisierte zwischenmenschliche Fragen, die mit der traditionellen Paarbeziehung klar gelöst schienen, aber angesichts ihrer starren Form wieder aufgerollt werden.

Viele Probleme wurden während diverser reflektierender Workshops erkannt und es wurden Methoden entwickelt, wie mit ihnen umzugehen sei. So zum Beispiel die Einrichtung von Räumen für zwischenmenschliche Beziehungs- und Kommunikationsfragen, die Einrichtung von festen Orgaräumen für die Mitmachgruppen, eigene konkurrenzlose Zeiten für deren und ähnlich wichtige Treffen, oder eine Plattform für Leute, die auch nach dem Jukss nicht in den Alltag abtauchen wollen oder können. Damit sich die Selbstorganisation beim nächsten Mal noch besser zum Wohle inhaltlicher Debatten, praktischer Aktionen, sozialer Netze und des Befindens aller TeilnehmerInnen entfalten kann, braucht es denn nur noch genug Leute, die diese Ideen auch in die Tat umsetzen. Denn hat jemand behauptet, die Geburt einer neuen Welt würde schnell und ohne Schwierigkeiten ablaufen?

cignonero

(mehr Infos auf www.jukss.de)

Von Afrika über Marokko
nach Europa
mindestens noch weiter zurück
oder in die Wüste geschickt
Interkulturelle Tage
oder Wochen
Preise gegen
Rassismus
Was ihr unter kulturellem Austausch versteht
ist deutlich
und deutlich gesagt
Scheiße
Jetzt werde ich aber ordinär
oder unfein und
oder gewöhnlich
und das meine ich auch so
Was ihr macht ist mindestens genau das
Ordinäre Scheiße

Jurek

wortspielereien

Einmal möchte ich affe sein
statt zu weinen ohne macht
in den urwald schrein
daß der baumriese kracht

cignonero

Nicht in Kasernen und Hinterhöfen
auf offener Strasse den Kopf nicht beugen
den Blicken standhalten - der kleinere Sieg

Leben trinken, trinken
bis zum Untergang
dann auftauchen und mit Rückrad leben
der größere Sieg.

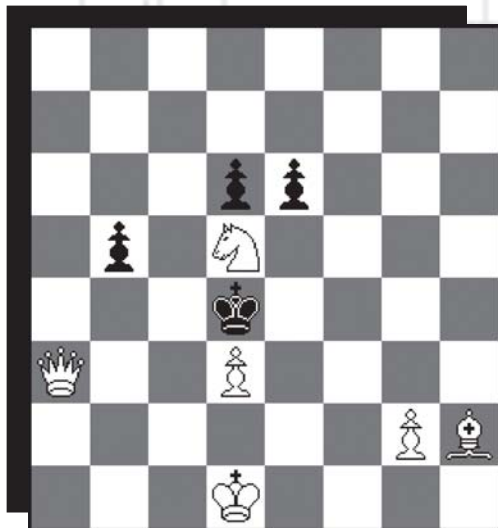
h.

Sehr geehrte Damen und Herren
Frau Kanzlerin und Politiker
Faschisten und Fanatiker
Rassisten und Rethoriker
Kapitalist oder Konservativer
Arschlöcher und Arschkriecher
Gerne würde ich euch
beleidigen
Doch ich merke mir
keine Namen
Einfach keine Namen

Jurek

**Schachmatnaja
gorjatschka**

**Weiss setzt Schwarz schon
wieder in 2 Zügen matt:**



Lösung FA!#24

Die Weisse Dame schlägt d7 und was
Schwarz auch versucht, es ist im nächsten
zug matt. entweder durch LxDd7 und
SxLd7++, Te4+ und SxTe4++ oder einen
der vielen anderen Verlegenheitszüge.

Und hier gibts den ...

Zentrum

Beyerhaus, Ernst-Scheller-Str. 6
Bistro Al Safa, Leplay-Str. 3
Klee Naturkost, Friedrich-Ebert-Str. 33
Libertäres Zentrum Libelle,
Kolonnadenstr. 19

Schleußig

Besser Leben, Hohlbeinstr. 2
Schlechtes Versteck, Könnertitzstr. 32
Heidi's Dienstleistungscenter, Könnertitzstr. 18
Lebensart Naturkost, Könnertitzstr. 49
Mahlzeit, Oeserstr. 42

Stötteritz

Hakan Bistro, Herrmannstr. 24
Mandragora, Papiermühlenstr. 22a
Zeitkaufhaus, Breslauer Str. 2

Südvorstadt

Bistro El Amir, Südplatz
Späti Esperantos Katzer, Schenkendorf Str. 20
Imbiss Shahia, Karl-Liebnecht-Str. 88

Feierabend!

Connewitz

Café Similde, Simildenstr. 9
Buchhandlung El Libro, Bornaische Str. 3d
Frau Krause, Simildenstr. 8
Bistro Delal, Connewitzer Kreuz

Reudnitz

Presseshop Dipetos Store,
Riebeckstr. 6

Feierabend!

Feierabend!

außerhalb

König Kurt R.-Leonhardt-Str. 39, 01097 DD
Libertäres Zentrum Fettstr. 23, 20357 HH
Schwarze Risse Kastanienallee 85, 10345 B

DaDA Köln

c/o TTE-Bücherei, Bürgerzentrum Alte Feuerwache, Melchiorstr. 3,
50670 Köln, koeln@dadaweb.de; www.free.de/dada/ , Fax: 01212/ 511424668

Alhambra-Archiv Hermannstr. 83, 26135 Oldenburg, 0441/14402, archiv@alhambra.de

Bibliothek der Freien

Raum 1102, Haus der Demokratie, Greifswalder Str. 4,
2. Hof, 10405 Berlin, Zeitschriftenarchiv@BibliothekderFreien.de

Feierabend! gibt's auch im ABOnnement.

3 Ausgaben für 5 Euro

Auch ältere Ausgaben sind teilweise noch erhältlich.

Kontakt:

Feierabend! Gießestr. 16 / 04229 Leipzig
feierabendle@web.de / www.feierabend.net.tc

Einsendeschluß für #26:

23. April 2007